

HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XV — NR. 20

23. Oktober 1962

AUSGABE A

Bilanz eines Arbeitsjahres beim Deutschen Studentenwerk

Mitgliederversammlung des DSW in Berlin

Fragen der allgemeinen Studienförderung und des Wohnheimbaus standen im Mittelpunkt der 13. Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerks, zu der am 16. und 17. Oktober 1962 in Berlin Vertreter von den 39 Studentenwerken der wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands zusammengekommen waren.

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung übergab der Vorsitzende des Vorstands, Professor Dr. Hallermann, den Arbeitsbericht für das Jahr 1961 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit.

Studienförderung: 40 Millionen aus Bundesmitteln

Nach dem Bericht sind 1961 etwa 40,1 Millionen DM vom Deutschen Studentenwerk aus Bundesmitteln an die lokalen Studentenwerkseinrichtungen für Förderungszwecke weitergegeben worden, — 30 Millionen waren für Stipendien, 9,9 Millionen für Darlehen bestimmt. Die Höhe der Mittel aus den Länderetats ist noch nicht bekannt; sie soll etwa 16,3 Millionen DM betragen haben.

Mit Genugtuung vermerkt der Bericht zwei bedeutsame Verbesserungen für die Förderung nach dem Honnefer Modell: Die Stipendien wurden auf 195 DM in der Anfangsförderung und auf 245 DM in der Hauptförderung erhöht. Der dem Elternhaus des Studierenden zugestandene „Freibetrag“ — das ist die Summe, welche von der Familie unbedingt für den eigenen Unterhalt beansprucht werden kann — vergrößerte sich um etwa 13 Prozent. Trotzdem hat die allgemeine Steigerung der Löhne und Gehälter bewirkt, daß heute nur noch etwa 15 Prozent der Studierenden an den Vergünstigungen des Honnefer Modells teilhaben können. 1959 hatte das Deutsche Studentenwerk noch 20 Prozent gezahlt.

Die Berliner Mitgliederversammlung sprach sich für weitere Erhöhungen des Freibetrags aus. Ein Sprecher wies auf der Pressekonferenz darauf hin, daß das Studentenwerk nicht auf eine allgemeine Erhöhung der Mittel für das Honnefer Modell hinauswolle; es gehe allein darum, „das Geld sinnvoll auszugeben, das ohnehin zur Verfügung steht“.

Im Zusammenhang mit der Förderung „zugewanderter“ Studenten — gemeint sind Zonenflüchtlinge — teilt der Jahresbericht mit, daß sich die Berliner Mauer zunächst gar nicht auf die zu betreuende Studentenzahl ausgewirkt habe. Im Sommersemester habe man 1775, im Wintersemester 1961/62 2639 Flüchtlingsstudenten gezählt. 4,5 Millionen DM wurden an sie als „Eingliederungsbeihilfe“ ausgezahlt.

Großes Interesse am Jugendarbeitsprogramm

Das Studentische Jugendarbeitsprogramm, vor zwölf Jahren auf Anregung der Amerikaner eingeführt, gibt Studenten in den Semesterferien Gelegenheit, bei der Ferienbetreuung von Kindern Berührung mit soziologischen und pädagogischen Problemen zu finden. Neben freier Unterkunft und Verpflegung erhielten die Studenten im Berichtsjahr für ihre Arbeit ein monatliches Stipendium von 250 DM. Das Jugendarbeitsprogramm hat sich inzwischen so gut eingeführt, daß 1961 die zur Verfügung stehende Summe von 900 000 DM nicht ausreichte, um allen Bewerbungen und Anforderungen gerecht zu werden.

Auf Fragen Berliner Pressevertreter stellte sich heraus, daß allein das Land Berlin an diesem Studentischen Jugendarbeitsprogramm nicht beteiligt ist. Auch hier möchte das Studentenwerk künftig in die Finanzierung und vor allem in die Auswahl der Bewerber eingeschaltet werden. Die

Verbände, die in Berlin mit dem Jugendarbeitsprogramm beauftragt sind, beschäftigen nach Mitteilung der Studentenwerkssprecher nur selten Studenten.

„Ernährungsphysiologisch richtiges Essen“ für eine DM

Berlin bildet auf dem Gebiet der Mensen nun keine Ausnahme mehr: Die Mensa der Freien Universität ging kürzlich als letzte in die Regie des Studentenwerks über.

Der Jahresbericht weist noch einmal auf die Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Ernährungsphysiologie hin, die im Jahre 1961 abgeschlossen wurden.

Ziel aller Bestrebungen des Studentenwerks, so wurde auf der Pressekonferenz erläutert, sei es nun, daß die Studenten künftig nur den Materialwert ihrer Mahlzeiten bezahlen müßten. Bei einem „ernährungsphysiologisch richtigen Essen“ werde er 1 bis 1,20 DM betragen. Die Herstellungskosten, die sich in der Größenordnung von 50 bis 75 Pfennigen bewegen, sollen künftig nach Möglichkeit überall aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden.

Professor Hallermann schätzte, daß etwa ein Drittel der deutschen Universitäten bereits mit modernen, ein weiteres Drittel mit „brauchbaren“ Mensen ausgestattet sei. Der Rest sei mangelhaft.

Kummer hat das Deutsche Studentenwerk mit der „Deutschen Studenten-Krankenversicherung“, die 1960 unter seiner Mitwirkung gegründet worden war. Ihr gehören heute erst zehn Studentenwerke von deutschen Hochschulen an. Mit den Studentenwerken Darmstadt und Marburg laufen noch „erfolgversprechende Verhandlungen“.

Über eine Unfallversicherung für Studenten werden zur Zeit noch Untersuchungen angestellt. Ebenfalls ungelöst ist für die Deutsche Studenten-Krankenversicherung das Problem zahnärztlicher Behandlungen: Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung behandelt die studentische Versicherung als private Krankenversicherung, so daß die Studierenden bei Zahnbehandlungen beträchtliche Eigenbeiträge aufbringen müssen.

Für das Hochschulsanatorium St. Blasien registriert der Jahresbericht für 1961 193 studentische Patienten, unter ihnen 36 Studentinnen.

Vielfältige Wohnheimformen

Durch die gestiegenen Studentenzahlen und durch die gestiegenen Preise war das Deutsche Studentenwerk im Jahre 1961 wieder gezwungen, Bestandteile des Düsseldorfer Wohnheimplans zu revidieren. So hat das Kuratorium, wie aus dem Bericht hervorgeht, empfohlen, die finanziellen Anforderungen an die Bauherren zu senken. Beim Bau von Studentenwohnheimen brachten bisher die Finanzierungsvorschriften große Schwierigkeiten für den Bauträger mit sich: Ein Drittel der erforderlichen Summe muß er selbst

INHALT:

Bildungsreform als Aufgabe	2
16. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät Bonn-Poppelsdorf	3
10 Jahre Fulbright-Programm in Deutschland	4
Geschichtliche Grundlagen des chinesischen Kommunismus (3)	5
Friedrich-Ebert-Stiftung	7

schneller als erwartet und vorauszusehen war. Sie ist bedingt durch die ungewöhnlich hohen Einnahmen der Länder in diesen Jahren. Diese Entwicklung wird aber zwischen 1964 und 1970 nicht anhalten. Deswegen ist doppelt die Frage berechtigt, ob die Mehrausgaben für diese Zwecke, die zu 63 % bei den Schulen in Personalkosten bestehen, auch den beabsichtigten und erstrebten Effekt auf schulischem und erzieherischem Gebiete erreichen oder nicht. Schon Prof. Edding hatte hier Bedenken angemeldet. Dr. Vogel unterbaut sie anhand der vorliegenden Zahlen und von Beobachtungen der letzten Jahre. Er ging dabei auf die Überfüllung der höheren Lehranstalten und die daraus resultierende Überschwemmung der Universitäten näher ein. Auch die sehr gründlichen Betrachtungen des Wissenschaftsrates bezog er in seine Überlegungen mit ein. Angesichts der sehr erheblichen Steigerung der Bauten allein für die Hochschulen auf Grund des zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Kulturabkommens in einer Höhe von 2,5 Milliarden DM und der enormen schulischen Bautätigkeit im gesamten Lande ergäbe sich ernstlich die Frage, ob die notwendige Sparsamkeit auch hier angewandt worden ist und wird, oder ob nicht mit den hier aufgewendeten Summen bei sparsamerer Gestaltung der Bauten das gleiche

Ziel in kürzerer Zeit und mit weniger Mitteln erreicht werden könne. Es droht die Gefahr, daß infolge der Verteuerung der Ausbildung durch eine Reihe von näher erläuterten Ursachen die fixen Kosten in den Haushalten der Länder, Gemeinden und des Bundes zwar ständig wachsen, aber die angestrebten Zielsetzungen einer besseren und vollkommeneren Ausbildung damit nicht Schritt halten. Es würde sich nach Ansicht von Dr. Vogel lohnen, zur Überprüfung dieser Bauten in den Ländern wie beim Bund durch ein Übereinkommen zwischen Bundesrechnungshof und Landesrechnungsämtern Spezialprüfungen der Baukosten mit einem Veto-Recht gegenüber zu hohen Ausgabeplanungen einzusetzen. Angesichts der auf dem Spiele stehenden Milliardenbeträge würden auch Einsparungen von nur wenigen Prozenten sehr erhebliche Beträge einbringen. Wenn die Weltgeltung des deutschen Schul- und Hochschulwesens und seine Leistung für die deutsche Volkswirtschaft in den nächsten Jahrzehnten in dem seit Kriegsende einsetzenden Wettlauf auf diesem Gebiete gewahrt werden soll, werden in der Zukunft sehr gründliche Erhebungen und Studien auch über die Finanzierung und die volkswirtschaftliche Verkräftung von Ausbildung wie Forschung angestellt werden müssen.

„Silikatforschung und neuere Entwicklungen in der Glastechnik, Keramik und Emailtechnik“

Zusammenfassung des Vortrages von Prof. Dr.-Ing. A. Dietzel, Max-Planck-Institut für Silikatforschung, Würzburg

Die Anfänge der Herstellung von Glas, Keramik und Schmuckemail verlieren sich in grauer Vorzeit. Um 5000 v. Chr. hat man aber schon Glasperlen hergestellt; die Herstellung von Töpfereierzeugnissen und farbig glasierten Wandfliesen ist nachgewiesenermaßen sehr viel älter. Dagegen ist die Herstellung von technischen Emailierungen, etwa emailierten Kesseln und dergleichen erst 200 Jahre alt. Im Gegensatz zu vielen Erzeugnissen der chemischen Industrie, vor allem der großen Gruppe der Kunststoffe, sind also die Werkstoffe Glas, Keramik und Email sehr alt und in den Jahrhunderten und Jahrtausenden hat man alles nur Erdenkliche versucht, um diese Werkstoffe weiterzuentwickeln, sie zu verbessern und ihre Anwendungsgebiete zu erweitern. Man könnte deshalb glauben, daß die Möglichkeiten dieser Werkstoffe längst erschöpft sind. Dies ist aber keineswegs der Fall. Die technische Entwicklung setzte um die Jahrhundertwende erst dann ein, als auch die Forschung begann, sich mit diesen Werkstoffen zu befassen. Auf dem Gebiet des Glases sei nur der Name Otto Schott genannt, auf dem Gebiet der Keramik August Hermann Seeger.

Einen besonderen Aufschwung nahmen unsere Fachgebiete, und zwar sowohl in Theorie und Technologie als auch in der technischen Entwicklung seit etwa Mitte der zwanziger Jahre. Die maschinelle und später vollautomatische Herstellung zwang zu einer genauen Betriebskontrolle, d. h. zur Ausarbeitung zweckmäßiger und sicherer Prüfverfahren. Hand in Hand damit ging die theoretische und technologische Forschung, die nicht nur die technischen Prozesse zu beherrschen lehrt, sondern auch zur Verbesserung der Eigenschaften bekannter Werkstoffe und auch zur Schaffung neuer Werkstoffe auf unserem Fachgebiet wesentlich

beitrug. So finden wir z. B. Glas und Keramik nicht nur in Gegenständen des täglichen Lebens in verbesserter Qualität (z. B. Backschüsseln und dergl.), sondern auch in Leuchtröhren, Fernschröhren, Sicherheitsglas, als Glasfasergewebe oder in glasfaserverstärkten Kunststoffen, als Strahlenschutzgläser der verschiedensten Art. Die Auswahl unter den optischen Gläsern wurde in neuerer Zeit durch die Verwendung von seltenen Erden wesentlich erweitert. Neben der klassischen Keramik (Porzellan, Steingut, ff. Baustoffe, Schleifscheiben) hat sich eine neue Keramik aufgetan, die Hochfrequenz- und Halbleiter-Keramik, die Oxydkeramik und die Keramik der höchstfeuerfesten Stoffe, die zum Teil auch Hartstoffe sind. Auch die Emailierung hat sich grundlegend gewandelt. Die heutigen Emailsichtdicken sind wesentlich geringer als vor dem Kriege. Das bedeutet eine wesentliche Verbesserung der mechanischen und thermischen Eigenschaften. Durch Erforschung der Wechselwirkung zwischen Stahlblech oder Gußeisen und Email konnten viele Fehler bei der Emailierung aufgeklärt und dadurch Ausschuß vermieden werden. Heute arbeitet man an der Einschichtemailierung, während man bisher wenigstens zwei Emailaufträge für Stahlblech benötigte.

Im Mittelpunkt der theoretischen Forschung steht die Aufklärung der Struktur von kristallinen und glasigen Silikaten. Man kann heute nicht nur aus den Eigenschaften auf die Struktur rückschließen, sondern auch umgekehrt, aus der Struktur auf die Eigenschaften und oftmals auch Voraussagen machen über die zu erwartenden Eigenschaften eines Synthese-Produktes. Durch die Kernreakorteknik wird das Werkstoffgebiet Glas, Keramik und Email in verschiedenen Richtungen vor völlig neue Aufgaben gestellt, von denen sich ein großer Teil in nächster Zeit wird lösen lassen.

„Rationalisierung durch Nutzung fertigungstechnischer Entwicklungen“

Zusammenfassung des Vortrages von Professor Dr.-Ing. Dr. h. c. Opitz, Laboratorium für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre der Technischen Hochschule Aachen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist gekennzeichnet durch Arbeitskräftemangel, Kostensteigerungen, Abbau des Zollschatzes im Rahmen der EWG und Nachlassen der Konjunktur. Alle diese Gründe erfordern verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen, um den Stand der deutschen Wirtschaft innerhalb des europäischen Marktes zu sichern. Die Ziele der Rationalisierung sind die Hebung der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Sicherung der Qualität der Produkte, die Einsparung von Arbeitskräften und die Verbesserung der Flexibilität hinsichtlich Ausnutzung und Programmschwankungen. Es werden Möglichkeiten der Rationalisierung durch neue und verbesserte Verfahren, neue Entwicklungen der Steuerungs- und Regelungstechnik und ihre Anwendungen in Konstruktion, Fertigungssteuerung und Fertigung aufgezeigt. Auf allen Gebieten der Fertigungsverfahren — Urformen, Umformen, Trennen und Fügen — findet man Verbesserungen oder Entwicklungen, die eine wirtschaftliche Nutzung versprechen. Außerdem erlauben die Fortschritte auf dem Gebiet der Steuer- und

Regelungstechnik in steigendem Maße, Teilfunktionen oder ganze Arbeitsabläufe zu automatisieren. Außer in der Massenproduktion finden automatisierte Fertigungsverfahren auch in der Einzel- und Kleinserienfertigung Eingang, um dem Facharbeitermangel zu begegnen. Es wird der Aufbau und die Funktion numerisch gesteuerter Maschinen behandelt und auf die Fragen der Arbeitsvorbereitung und Programmierung eingegangen. Der Einsatz automatisierter Fertigungsverfahren erfordert die Anwendung neuer Verfahren der Fertigungssteuerung und Betriebsorganisation. Diese wirken sich in allen Betriebsbereichen — von der Planung und der Konstruktion bis zur Fertigung — aus. Sie schaffen die organisatorischen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Nutzung der Verfahren und Betriebsmittel. Abschließend wird auf die Bedeutung der Forschung auf dem Bereich der Fertigungstechnik eingegangen und auf die erhöhten Anstrengungen hingewiesen, die heute zur Erlangung eines Rationalisierungserfolges notwendig geworden sind.

„Kursbuch für Auslandsstipendien“

Gute Bewerber haben Chancen — DAAD-Auslandsstipendien 1963/64

Als „Kursbuch für Auslandsstipendien“ kann man die soeben vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlichte Broschüre „Auslandsstipendien 1963/64 für Wissenschaftler, jüngere Akademiker und Studenten“ bezeichnen. Dieses Heft vermittelt einen Überblick über das gesamte DAAD-Auslandsstipendienangebot für deutsche Bewerber, über die Bewerbungsfristen und -bedingungen.

Um weder falsche Hoffnungen aufkommen zu lassen, noch vor einer Stipendienbewerbung abzuschrecken, sei mit einem Satz dies gesagt: Für gute Bewerber — mit Betonung auf „gut“ — besteht durchaus die Chance, ein Auslandsstipendium zu bekommen.

Drei-Länder-Dilemma

Allerdings sollten deutsche Studenten und Akademiker zwei Punkte, die dem DAAD einige Sorge bereiten, besonders beachten:

1. Auf der einen Seite sind Frankreich, Großbritannien und die USA die vom Gros der deutschen Bewerber bevorzugten Studienländer. Das bedingt eine besonders harte Auslese, und es wird wohl dabei bleiben, daß mehr als 60 Prozent der Stipendienbewerber — im Falle der USA sogar mehr als 80 Prozent der Antragsteller — nicht zum Zuge kommen; und das in einer großen Zahl der Fälle nicht wegen mangelnder Befähigung.

2. Auf der anderen Seite sind in der Vergangenheit Stipendien für andere Länder — vor allem Stipendien zum Studium in Entwicklungsländern — z. T. nicht voll ausgenutzt worden, weil sich nicht genügend gut qualifizierte Bewerber gemeldet hatten.

Daraus ist abzuleiten, daß nur Bewerber mit guten wissenschaftlichen Leistungen (möglichst mit Studienabschluß), einem begründeten Studienvorhaben und Beherrschung der Landessprache Aussicht auf ein Stipendium des DAAD zum Studium in Frankreich, Großbritannien oder den USA haben.

Für viele Länder gute Chancen

Bewerber um ein Stipendium für alle übrigen Länder haben dagegen, wie es in der DAAD-Broschüre „Auslandsstipendien 1963/64“ wörtlich heißt, „recht aussichtsreiche Chancen“. Allerdings genügt zur Begründung eines Stipendienantrags nicht der allgemein gehaltene Wunsch, ein fremdes Land, seine Bewohner, seine Sprache und seine Kultur kennenzulernen. Vorausgesetzt werden:

1. Gute wissenschaftliche Leistungen.
2. Ein mindestens viersemestriges Hochschulstudium vor Antritt des Auslandsstipendiums. Im allgemeinen werden Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium bevorzugt; Übersee-Stipendien werden nur an Bewerber mit Hochschulabschluß verliehen.
3. Angabe eines bestimmten, klar umrissenen Studien- bzw. Forschungsvorhabens und
4. Kenntnis der Unterrichtssprache der ausländischen Gasthochschule.

Bewerber können sich um diese Stipendien des DAAD Studenten und junge Akademiker aller Fachrichtungen. Die Wahl des Gastlandes wird den Stipendienbewerbern freigestellt. Im allgemeinen werden die Stipendien für ein akademisches Jahr (7—12 Monate) ohne Verlängerung gewährt. Für Übersee-Stipendiaten übernimmt der DAAD auch die Reisekosten oder gibt zumindest größere Reisekostenbeihilfen.

Forschungs- und Informationsstipendien

Ein Blick in das Kapitel „Sonderstipendien“ zeigt, daß sich jungen Akademikern mit Studienabschluß eine Reihe guter Möglichkeiten für ein Auslandsstudium bietet. Für Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner mit überdurchschnittlicher persönlicher und wissenschaftlicher Eignung und mit abgeschlossenem Studium (evtl. Promotion) sind die vom DAAD verwalteten Stipendien internationaler Organisationen (Europarat, OECD, NATO) von besonderem Interesse.

Die Forschungsstipendien für jüngere Naturwissenschaftler und Techniker sollen spezialisierte Forschungsvorhaben im Ausland ermöglichen, für die in der Bundesrepublik nicht

so gute Voraussetzungen bestehen. Die Stipendien werden für 6—12 Monate gewährt und sind mit 600—800 DM, zusätzlich einem Kaufkraftaufschlag, dotiert. Auch Familienzuschläge und Reisekosten werden gezahlt.

Der internationalen Zusammenarbeit der Forschungsinstitute durch Austausch von Mitarbeitern sollen die Informationsstipendien — Laufzeit 2 Wochen bis 3 Monate — dienen.

Forschungsstipendien gibt es auch für Geisteswissenschaftler. Sie sollen die wissenschaftliche Bearbeitung von Fragen fördern, die mit den historischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen verschiedener internationaler Gemeinschaften zusammenhängen.

Sprach- und Ferienkursstipendien

Ein Überblick über die Stipendien zum Erlernen der russischen Sprache und afrikanischer und asiatischer Sprachen sowie über die Ferienkursstipendien des kommenden Sommers mit Hinweisen auf alle Bewerbungsmodalitäten runden diese Übersicht über das gesamte Stipendienangebot des DAAD für das Studienjahr 1963/64 ab. Die DAAD-Broschüre „Auslandsstipendien 1963/64“ ist bei den Akademischen Auslandsämtern aller Hochschulen vorrätig und kann auch beim DAAD, Bad Godesberg, Frankengraben 50, direkt angefordert werden.

Stifterverband fördert Arbeit der AIESEC

Zwischen dem Deutschen Komitee der AIESEC (Association Internationale des Étudiants en Sciences Economiques et Commerciales, Internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften) und dem DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) ist im Juli 1962 eine Vereinbarung getroffen worden, in der festgelegt wird, daß die AIESEC ideell und finanziell vom DAAD unterstützt wird. Auch der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft wird im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft eine Unterstützung in angemessener Höhe bereitstellen, die so bemessen ist, daß der ordentliche Haushalt der AIESEC sichergestellt ist. Damit erübrigt sich eine Spendenwerbung. Die AIESEC hat für sich und sämtliche Lokalkomitees verbindlich den Verzicht auf jegliche Spendenwerbung um finanzielle Unterstützung in der Wirtschaft erklärt.

In den nächsten Wochen werden die Lokalkomitees sich wieder an die einzelnen Firmen wenden, damit Praktikantenplätze bereitgestellt werden. Die Betreuung der Praktikanten übernimmt die AIESEC. Sie sorgt für Unterbringung, veranstaltet Diskussionsabende und Ausflüge in die Umgebung sowie eine einwöchige Studienfahrt nach Berlin für die ausländischen Gäste. Zur Deckung unvermeidlicher Finanzierungsspitzen werden die Firmen, die Praktikanten bei sich beschäftigen, um einen Unkostenbeitrag von DM 70,— je Praktikant gebeten. Dieser Unkostenbeitrag ist zweckgebunden für die Betreuungsarbeit an Praktikanten und hat die ausdrückliche Zustimmung der Spitzenverbände gefunden.

Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

In der Zeit von 1955 bis 1960 haben sich die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik mehr als verdoppelt. Der Aufwand der öffentlichen Hand und der gewerblichen Wirtschaft für diese Zwecke betrug im Jahre 1960 rund 3,386 Mrd. DM. Fünf Jahre früher belief sich der Gesamtaufwand für Wissenschaft und Forschung auf 1,572 Mrd. DM. Im Jahre 1960 betrug die Aufwendungen des Bundes ohne Berücksichtigung der Forschungsmittel des Verteidigungsministeriums auf 550 Mill. DM (1955 = 165,7). Die Länder stellten 1,186 Mrd. DM (843,2 Mill.) zur Verfügung; darin sind die Beträge des Königsteiner Abkommens enthalten. Der Anteil der Gemeinden an der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung wird auf 30 Mill. DM (27 Mill.) geschätzt. Während die öffentliche Hand insgesamt 1,766 Mrd. DM (1,0359 Mrd.) zur Verfügung stellte, beläuft sich der Anteil der gewerblichen Wirtschaft an der Forschungsförderung auf 1,62 Mrd. DM (537 Mill.). Davon entfallen auf die werks- und betriebseigene Forschung und Entwicklung und die Vertragsforschung 1,5 Mrd. DM.

Abiturientinnen im Studium

Von Dr. Heinrich Arimond, Nürnberg

Jede Immatrikulation für eine bestimmte Studienrichtung ist eine bedeutsame persönliche Entscheidung und ist zugleich eindeutige Aussage. Wie auch immer ein solcher Entschluß zustande gekommen sein mag, ob seit Jahren zielstrebig verfolgt, ob aus schwankenden Meinungen nach langen Überlegungen geboren, ob von außen her angeregt und gefördert: die Immatrikulation setzt einen Schlußstrich unter die Zeit des Gärens und Suchens, sie zieht die Summe aus wenigen oder vielen Summanden, sie vollzieht einen neuen Beginn. Der Abiturient und die Abiturientin haben sich in diesem Augenblicke einer Wissenschaft verschrieben, die ihr Leben fürderhin — unmittelbar oder mittelbar — schicksalhaft beeinflussen wird.

Gegenwärtig entscheiden sich jährlich rund 50 000 Abiturienten und Abiturientinnen durch ihre Immatrikulation an einer wissenschaftlichen oder pädagogischen Hochschule für einen Studienbereich. Die persönlichen Aussagen werden damit zu einem gesellschaftlichen Ereignis, das sich jährlich in der Großen Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes widerspiegelt und in der die vielen Einzelentschlüsse sich zu Gruppenentschlüssen zusammenbündeln. Die so gebündelten Gruppenentschlüsse sind zugleich Gruppenaussagen: in ihnen erscheinen die Einzelaussagen der männlichen und weiblichen Abiturienten als massierte Kundgabe ihrer Absichten und Zielsetzungen.

In einer Zeit, in der die Zahl der Studienanfänger sich nicht zuletzt deshalb von Jahr zu Jahr erhöht, weil die relative Zunahme der weiblichen Studienanfänger ungleich größer ist als die der männlichen, erscheint die Frage besonders aktuell, welche Aussagen man aus den Immatrikulationsentscheidungen der Abiturientinnen für ihre Studien- und Berufsziele ableiten kann. Den folgenden Überlegungen zu diesem Thema wurden die statistischen Erhebungen zu Grunde gelegt, die Dr. Wirbelauer für die Bundesanstalt auf Grund der Großen Hochschulstatistik durchgeführt hat und die im Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Ausgabe D, „Berufskundliche Mitteilungen“) Nr. 6 vom 18. 4. 62 abgedruckt wurden.

Die Bedeutung, die dem Frauenstudium heute zukommt, erhellt, wie schon angedeutet, aus den Zahlen der Studienanfängerinnen. Es gab

im Jahre 1951 23 424 männl. u. 7 408 weibl. Studienanfänger, im Jahre 1959 34 053 männl. u. 17 849 weibl. Studienanfänger; d. h. während sich die Zahl der männlichen Studienanfänger rund um die Hälfte erhöhte, nahm die Zahl der weiblichen Studienanfänger rund um das 2 ¹/₂-fache zu. Die von Wirbelauer errechneten Meßzahlen symbolisieren diese Tatsache folgendermaßen:

männliche Studienanfänger	1951 = 100	1959 = 145,
weibliche Studienanfänger	1951 = 100	1959 = 241.

Das Bild rundet sich durch die Feststellung ab, daß sich zur Zeit die Gesamtheit der jährlichen Studienanfänger zu zwei Dritteln aus Abiturienten und zu einem Drittel aus Abiturientinnen zusammensetzt, ein Verhältnis, das den männlichen und weiblichen Anteilen der berufstätigen Bevölkerung genau entspricht.

Diese Tatsachen stellen den Hintergrund dar, vor dem sich einige Besonderheiten des Frauenstudiums abheben. Denn auch in einer Zeit wie der heutigen, in der den Abiturientinnen grundsätzlich alle Studienggebiete offenstehen, zeigen sich bei der Wahl der wissenschaftlichen Bereiche anläßlich der Erstimmatrikulation charakteristische weibliche Eigenarten. Durch die Statistik zu massierten Aussagen verdichtet, machen sie deutlich, daß die Studienanfängerinnen nicht etwa schlechthin ein Drittel der Gesamtstudienanfänger darstellen, sondern sich in der Streuung ihrer Studien- und Berufswünsche auf manchen Gebieten sehr eigenwillig von den Wünschen der männlichen Kommilitonen unterscheiden.

Bevorzugte Studienggebiete

Vergleicht man an Hand der beigegebenen Tabelle über die bevorzugten Studienggebiete (Tabelle 1) die Entschlüsse der männlichen und weiblichen Abiturienten im Immatrikulationsjahr 1959 ¹⁾, so erkennt man auf den ersten Blick charakteristische Unterschiede. Die Tabelle zeigt zunächst im oberen Teile alle Fachrichtungen, für die sich 1000 und mehr

Studienanfänger immatrikuliert haben. Die Abiturienten konzentrieren sich bei den 75 in der Statistik erscheinenden möglichen Fachrichtungen mit 65 % (genau 64,8 %) auf 11, die Abiturientinnen jedoch mit dem gleichen Prozentsatz (genau 66,6 %) auf nur 4 Fachrichtungen. Dabei fällt auf, daß sich diese 4 von den Abiturientinnen eindeutig bevorzugten Studienggebiete auch unter den 11 von den Abiturienten bevorzugten Fachrichtungen finden. Man darf hieraus schließen, daß es Fachrichtungen gibt, die beide Geschlechter, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, anziehen und daß dies vornehmlich — außer der Medizin — Studienrichtungen sind, die zum Lehramt an Volks- und Höheren Schulen führen.

Tabelle 1
Bevorzugte Studienggebiete

Männliche Studienanfänger	1959		Weibliche Studienanfänger	1959	
	abs.	%		abs.	%
Fach			Fach		
Volksschullehramt	3520	10,3	Volksschullehramt	6911	38,8
Rechtswissensch.	3419	10,0	Allg. Medizin	1775	9,9
Allg. Medizin	2984	8,7	Neue Sprachen	1728	9,7
Betriebswirtsch.	2063	6,0	Germanistik	1472	8,2
Maschinenbau	2030	5,9			
Germanistik	1552	4,6			
Elektrotechnik	1541	4,5			
Volkswirtschaft	1425	4,2			
Physik/Techn. Ph.	1286	3,8			
Neue Sprachen	1270	3,7			
Bauingenieurwesen	1075	3,1			
in 11 Fachrichtungen mit je 1000 und mehr Studienanfängern		64,8	in 4 Fachrichtungen mit je 1000 und mehr Studienanfängern		66,6
Chemie	976	2,9	Pharmazie	822	4,6
Mathematik und Physik	920	2,7	Dolmetscherwesen	529	2,9
Kath. Theologie	873	2,5	Berufsschullehramt	499	2,8
Alte Sprachen	790	2,3			
Ev. Theologie	734	2,1			
Berufsschullehramt	595	1,7			
Mathematik	570	1,6			
Architektur	557	1,6			
in 19 Fachrichtungen mit je 500 und mehr Studienanfängern		82,2	in 7 Fachrichtungen mit je 500 und mehr Studienanfängern		76,9

Betrachtet man diese 3 Studienbereiche (Volksschullehramt, Neue Sprachen, Germanistik) unter dem Gesichtspunkt der jeweilig prozentualen männlichen und weiblichen Anteile genauer, ergibt sich allerdings ein bedeutsamer zahlenmäßiger Unterschied: diese 3 Fächer vereinigen 18,6 % aller Abiturienten, aber 56,7 % aller Abiturientinnen auf sich, wobei zu beachten ist, daß von diesen 56,7 % allein 38,8 % auf den Bereich des Volksschullehramtes entfallen. An den prozentualen Anteilen gemessen ist das Interesse der Abiturientinnen am Lehramt demnach dreimal stärker als bei den Abiturienten.

Verfolgt man die Tabelle über die bevorzugten Studienggebiete in ihrem unteren Teil, in den zusätzlich noch die Fachrichtungen zwischen 500 und 1000 Studienanfängern aufgenommen wurden, ergibt sich erneut die Tatsache der stärkeren Konzentration der Abiturientinnen auf wenige Gebiete. Zwischen 500 und 1000 Studienanfängern weisen bei den Abiturienten 8, bei den Abiturientinnen dagegen nur 3 Fachrichtungen auf, wobei hier, im Gegensatz zu den Fachrichtungen mit über 1000 Studienanfängern, zu bemerken ist, daß sich gemeinsame Interessen nur noch beim Berufsschullehramt zeigen, während im übrigen unterschiedlich bevorzugte Fächer erscheinen.

Nimmt man die Tabelle 1 als Ganzes in dem Sinne, daß sie die Konzentration der männlichen und weiblichen Abiturienten auf sämtliche Fachrichtungen mit je über 500 Studienanfängern ausweist, dann erkennt man, daß die Abiturienten 19, die Abiturientinnen 7 Fachrichtungen bevorzugen und daß von den Abiturienten auf diese 19 Fachrich-

¹⁾ Umfassende Erhebungen für die folgenden Jahre liegen zur Zeit noch nicht vor.

tungen rund 82 %, von den Abiturientinnen auf ihre 7 Fachrichtungen rund 77 % entfallen. Für die Abiturientinnen heißt dies, daß mehr als drei Viertel der gesamten Studienanfängerinnen sich auf nur 7 Fachrichtungen konzentrieren, während die übrigen 23 % sich in rund 60 andere Studienrichtungen mit statistisch unbedeutenden Anteilen verlieren.

Die Konzentration von drei Vierteln aller studierenden Abiturientinnen auf nur 7 Fachrichtungen hat zur Folge, daß ganz bestimmte Fächer, die für den Abiturienten zusätzlich im Mittelpunkt des Interesses stehen, von den weiblichen Studienanfängern ganz oder fast ganz vernachlässigt werden. Insbesondere gehören hierzu alle mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächer, aber auch Rechtswissenschaft und Volks- und Betriebswirtschaft. Ausnahmen unter den sonst kaum beachteten naturwissenschaftlichen Fachrichtungen bilden die Pharmazie und die Medizin.

Aus den bisher aufgeführten statistischen Tatsachen ist zunächst als Erkenntnis abzuleiten, daß die studierende Abiturientin pädagogische Berufe extrem bevorzugt, sofern diese entweder nicht fachgebunden sind (Volksschullehrerin) oder an sprachliche Fächer (Neue Sprachen, Germanistik) anknüpfen, während diese offensichtliche Vorliebe für den Lehrerinnenberuf nicht mehr in Erscheinung tritt, wo es sich um mathematisch-naturwissenschaftliche, insbesondere mathematisch-physikalische Lehrgebiete handelt. Da diese sich bei den männlichen Studienanfängern zusätzlich relativ großer Beliebtheit erfreuen, darf man vermuten, daß pädagogische Aufgaben zwar bei beiden Geschlechtern, wenn auch unterschiedlich, beliebt sind, daß aber geschlechtsbedingte Unterschiede in der Thematik sichtbar werden. Die Abiturientin ist offensichtlich an mathematisch-naturwissenschaftlichen Fragestellungen bedeutend weniger interessiert als der Abiturient, wenn sie sogar den Lehrerinnenberuf, den sie im übrigen extrem bevorzugt, gekoppelt mit naturwissenschaftlicher Thematik trotz guter Berufsaussichten verschmäht. Dabei bleibt allerdings als Frage offen, wieso Pharmazie und Medizin dagegen eine zunehmende Anziehungskraft ausüben. Darüber hinaus entzieht sich die weitere Frage zunächst noch der Beantwortung, wieso auch

die durchaus nicht-technischen Fachgebiete der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften so wenig Interesse bei der Abiturientin finden, Bereiche, die — zumindest dem mit Prädikat Examierten — eine breite Entfaltungsmöglichkeit anbieten.

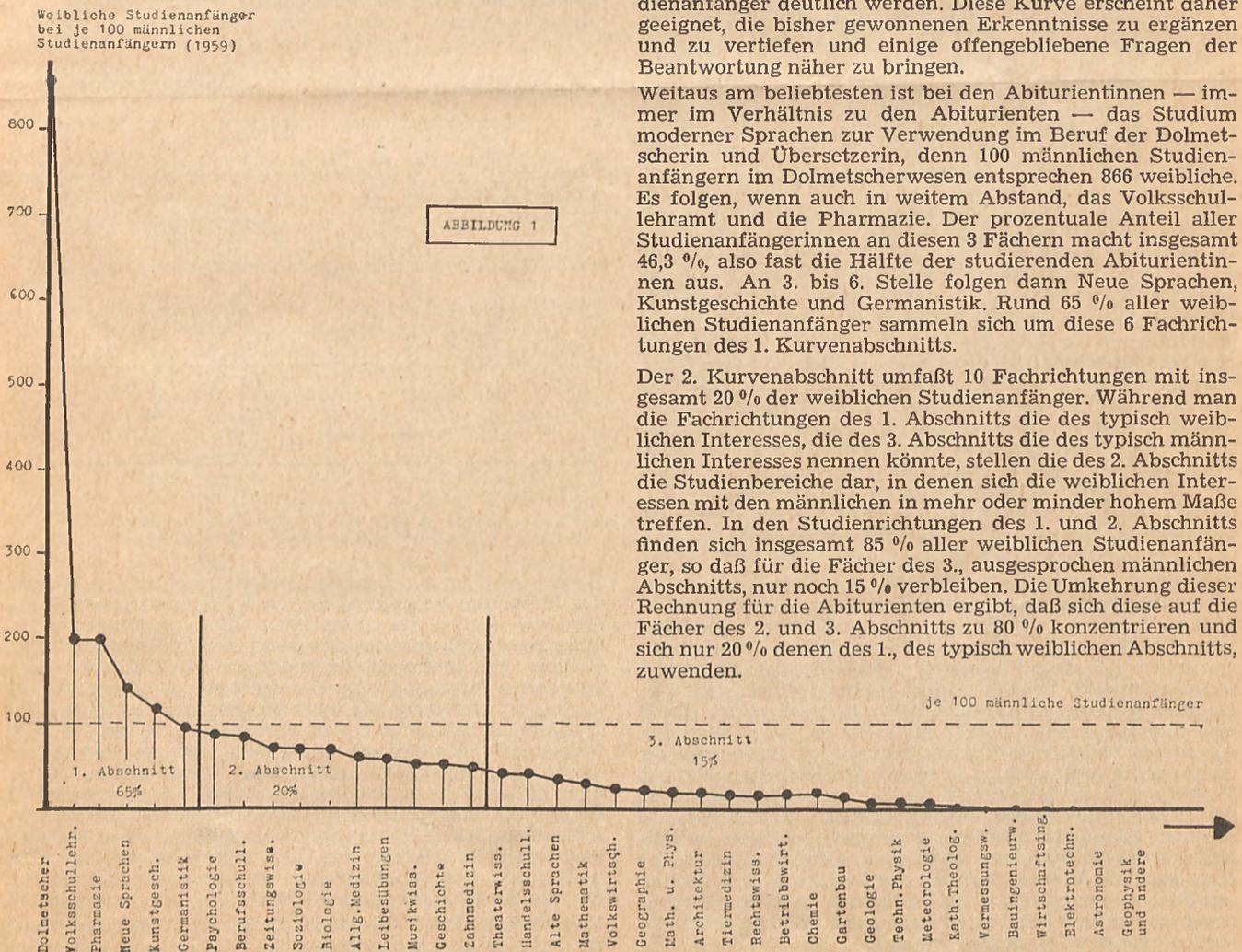
Typische Studiengebiete

Eine Möglichkeit, diese offenen Fragen beantworten und darüber hinaus typischen Studiengebieten für Abiturienten und Abiturientinnen auf die Spur kommen zu können, ist statistisch dadurch gegeben, daß man die Zahlen der weiblichen Studienanfänger zu denen der männlichen in eine mathematische Beziehung setzt. Als besonders geeignet erscheint die Verhältniszahl, die aussagen soll, wieviel weibliche Studienanfänger es je Fach auf der Grundlage der Statistik bei der Annahme gäbe, daß jedes Fach mit 100 männlichen Studienanfängern besetzt sei (Formel: Männliche Studienanfänger : Weibliche Studienanfänger = 100 : x). Die Abb. 1 zeigt das Ergebnis, wobei die errechneten Verhältniszahlen für weibliche Studienanfänger der Größe nach geordnet wurden. Die gestrichelte Linie bei 100 zeigt die Zahl der männlichen, die stetig abfallende Kurve die Zahl der weiblichen Studienanfänger. Der Übersichtlichkeit halber wurde diese Kurve durch senkrechte Striche in 3 Abschnitte aufgeteilt. Im 1. Abschnitt sind die Studiengebiete zu finden, in denen die weiblichen Studienanfänger überwiegen. Dabei wurde die Germanistik noch in diesen Abschnitt einbezogen, weil hier die beiderseitigen Zahlen nur mäßig voneinander abweichen. Den 2. Abschnitt bilden die Studiengebiete, in denen die Zahlen der weiblichen Studienanfänger zwar unter denen der männlichen liegen, jedoch noch deren Hälfte oder mehr erreichen. Im 3. Abschnitt erscheinen letztlich alle Fachrichtungen, bei denen das Frauenstudium statistisch nur noch eine unerhebliche Rolle spielt (weniger als die Hälfte der männlichen Studienanfänger).

Die Aussagekraft dieser Verhältniskurve ist überraschend groß, weil sich hier die oben so benannten eigenwilligen, typisch weiblichen Studienentscheidungen in ihrer ganzen Spezifizierung von den männlichen Entscheidungen abheben und weil deshalb die in den Studienentscheidungen enthaltenen massierten persönlichen Aussagen der weiblichen Studienanfänger deutlich werden. Diese Kurve erscheint daher geeignet, die bisher gewonnenen Erkenntnisse zu ergänzen und zu vertiefen und einige offengebliebene Fragen der Beantwortung näher zu bringen.

Weitaus am beliebtesten ist bei den Abiturientinnen — immer im Verhältnis zu den Abiturienten — das Studium moderner Sprachen zur Verwendung im Beruf der Dolmetscherin und Übersetzerin, denn 100 männlichen Studienanfängern im Dolmetscherwesen entsprechen 866 weibliche. Es folgen, wenn auch in weitem Abstand, das Volksschullehramt und die Pharmazie. Der prozentuale Anteil aller Studienanfängerinnen an diesen 3 Fächern macht insgesamt 46,3 %, also fast die Hälfte der studierenden Abiturientinnen aus. An 3. bis 6. Stelle folgen dann Neue Sprachen, Kunstgeschichte und Germanistik. Rund 65 % aller weiblichen Studienanfänger sammeln sich um diese 6 Fachrichtungen des 1. Kurvenabschnitts.

Der 2. Kurvenabschnitt umfaßt 10 Fachrichtungen mit insgesamt 20 % der weiblichen Studienanfänger. Während man die Fachrichtungen des 1. Abschnitts die des typisch weiblichen Interesses, die des 3. Abschnitts die des typisch männlichen Interesses nennen könnte, stellen die des 2. Abschnitts die Studienbereiche dar, in denen sich die weiblichen Interessen mit den männlichen in mehr oder minder hohem Maße treffen. In den Studienrichtungen des 1. und 2. Abschnitts finden sich insgesamt 85 % aller weiblichen Studienanfänger, so daß für die Fächer des 3., ausgesprochen männlichen Abschnitts, nur noch 15 % verbleiben. Die Umkehrung dieser Rechnung für die Abiturienten ergibt, daß sich diese auf die Fächer des 2. und 3. Abschnitts zu 80 % konzentrieren und sich nur 20 % denen des 1., des typisch weiblichen Abschnitts, zuwenden.



Hatte sich aus der ersten Überlegung auf Grund der Tabelle 1 lediglich ergeben, daß die Abiturientinnen sich zu drei Vierteln auf 7 Studiengänge konzentrieren, daß unter diesen wiederum die Lehrerinnenberufe zahlenmäßig an der Spitze stehen und daß andererseits alle naturwissenschaftlich-technischen und rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen nicht zum Zuge kommen, so läßt die Kurve der Meßzahlen nun differenziertere Einblicke in die Studienentschlüsse der Abiturientinnen zu. Die Erkenntnisse aus der Tabelle 1 werden zunächst bestätigt: 5 der absolut bevorzugten Fächer (Volksschullehramt, Neue Sprachen, Germanistik, Pharmazie, Dolmetscherwesen) erweisen sich als dem 1. Abschnitt der Fächer mit typisch weiblichen Interessen, die beiden übrigen Fächer (Allg. Medizin, Berufsschullehramt) dem 2. Abschnitt zugehörig, in dem männliche und weibliche Interessen sich begegnen. Alle mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen und rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen gehören dem 3. Abschnitt, dem des extrem männlichen Interesses, an.

Die beiden ersten Kurvenabschnitte lassen jedoch noch andere Analysen zu. Faßt man alle Fachrichtungen dieser beiden Abschnitte, die in der Hauptsache zum Lehrerinnenberuf führen, in ihren prozentualen Anteilen zusammen (Volksschullehramt, Neue Sprachen, Germanistik, Berufsschullehramt, Biologie, Leibesübungen, Geschichte), so ergibt sich, daß 66 %, also zwei Drittel, der studierenden Abiturientinnen das Lehramt an Volks-, Berufs- und Höheren Schulen anstreben. Die restlichen 19 % dieser beiden Abschnitte (85 % minus 66 %) verteilen sich dann noch auf verschiedene Gebiete, die man durch folgende Zusammenfassungen charakterisieren kann: Dolmetscherwesen, Pharmazie, Kunst-, Musik- und Zeitungswissenschaft, Psychologie und Soziologie, Human- und Zahnmedizin.

So unterschiedlich sich diese Disziplinen auf den ersten Blick in ihrem wissenschaftlichen Inhalt ausnehmen, so scheinen sie doch, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Berufe, zu denen sie im allgemeinen hinführen, transparent zu machen versucht, mit geringen Ausnahmen auf einem gemeinsamen Nenner zu stehen, der sie sogar — und das ist das Entscheidende — auch mit den sog. pädagogischen Berufen sinnvoll verbindet. Geht man von diesen Lehrerinnenberufen aus, die sich zwei Drittel der weiblichen Studienanfänger als Ziel gesetzt haben, so konstatiert man, daß diese Berufe vornehmlich Kontakte zu jungen Menschen zum Inhalt haben, seien diese Kontakte erzieherischer oder wissensvermittelnder Natur. Diese Neigung zu menschlichen Kontakten, bei 66 % der studierenden Abiturientinnen im Vordergrund stehend, scheinen einen weiblichen Interessenschwerpunkt darzustellen, der bei dem Berufsziel Lehrerin unmittelbar transparent ist. Betrachtet man jedoch die anderen Studiengänge weiblicher Interessen (1. und 2. Abschnitt) desgleichen unter dem Aspekt der späteren Berufstätigkeit, so wird auch hier auf einmal die Tatsache menschlicher Kontakte evident. Die Dolmetscherin vermittelt Sprachverständnis unter Menschen, die Apothekerin ist in ständigem Umgang mit Menschen, die Psychologin ist dem Menschen unmittelbar zugewandt, die Soziologin in der wissenschaftlichen oder der Meinungs- und Marktforschung hat es als Interviewerin vorwiegend mit Menschen zu tun und die Ärztin endlich steht ganz im Dienste der Menschen. Von den 85 % der Abiturientinnen also, die sich den Fachrichtungen des 1. und 2. Abschnittes zuwenden, suchen somit 84 % eine Berufstätigkeit der menschlichen Begegnung in irgendeiner Form, während 1 % sich ästhetischen Problemen zuwendet (Musik-, Kunst-, Zeitungswissenschaft).

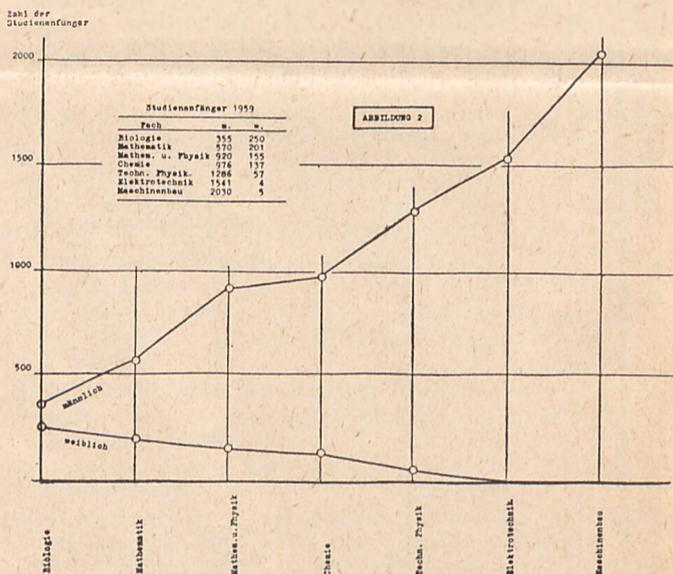
Durch diese Zurückführung der Studienentschlüsse der Abiturientinnen auf den substantiellen Kern zwischenmenschlicher Begegnungen bei der angestrebten Berufstätigkeit beantworten sich auch früher offen gebliebene Fragen. Bei aller Ablehnung der naturwissenschaftlichen Fachrichtungen setzen sich doch Pharmazie und Medizin als Naturwissenschaften auch bei den Abiturientinnen durch, weil hier die Beschäftigung mit Naturwissenschaft einen Durchgang zum menschlichen Kontakt im späteren Beruf darstellt. Allerdings bleibt immer noch die Frage offen, warum die Abiturientin nicht auch in größerem Maße Mathematik und Physik wählt, da doch auch diese Gebiete als Lehrfächer an der Höheren Schule den Zugang zu menschlichem Kontakt eröffnen könnten. Außerdem wäre noch die Frage berechtigt, warum die Rechtswissenschaft so wenig begehrt ist, da doch auch sie in den Berufen der Richterin und Rechtsanwältin zu jenem substantiellen Kern menschlicher Begegnung führen kann. Es ist nicht ganz sicher, ob diese Fragen restlos beantwortet werden können.

Ehe dies versucht wird, sei jedoch noch auf eine andere Tatsache hingewiesen, die sich aus den drei ersten Positionen des 1. Kurvenabschnittes ergibt. Es dürfte wohl kaum ein Zufall sein, daß es sich bei den Studiengängen zur Dolmetscherin, zur Volksschullehrerin und zur Apothekerin, die bei den Abiturientinnen am beliebtesten sind, um die drei einzigen Kurzstudiengänge handelt, die es heute noch an Wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen gibt und die heute noch mit je 6 Semestern (bei Volksschullehrerinnen und fremdsprachlichen Korrespondentinnen sogar teilweise noch mit 4 Semestern) zu bewältigen sind. Diese drei Kurzstudiengänge vereinigen, wie schon vermerkt, rund 46 % aller weiblichen Studienanfänger auf sich, so daß man mit Recht annehmen darf, vielen Abiturientinnen sei daran gelegen, mit kürzest möglichem Zeitaufwand für einen ihrer Vorbildung gemäßen Beruf ausgebildet zu werden. Daß dabei die — wohl oft auch elterliche — Überlegung eine Rolle spielt, zwar eine Existenz zu sichern, nicht jedoch allzuviel Aufwand an Zeit und Geld zu treiben, da der erlernte Beruf doch sehr bald durch eine Ehe abgelöst werde, bleibt zwar Vermutung, doch, weil diese Gründe durchaus realistisch und vernünftig erscheinen, Vermutung mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad.

Zu dieser Tatsache passen auch die Entschlüsse der Abiturientinnen, die statt eines akademischen Studiums die Berufsausbildung in einem Assistentinnenberuf, insbesondere dem der Elektroassistentin, aufnehmen, wobei sogar zum Teil Mangel an menschlichen Kontakten innerhalb der späteren Berufstätigkeit zugunsten einer kurzen Ausbildungszeit mit in Kauf genommen wird.

Abgelehnte Studiengänge

Nachdem die von Abiturientinnen bevorzugten und für Abiturientinnen typischen Studiengänge nunmehr bekannt sind, bleibt noch eine ergänzende Überlegung bezüglich der Fachrichtungen, die das weibliche Interesse nicht oder kaum gewinnen konnten. Es wurde schon festgestellt, daß es sich hierbei insbesondere um die mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächergruppen handelt, wobei offensichtlich die Pharmazie, die Biologie und die Medizin Ausnahmen von dieser Regel darstellen.



Zu diesem Thema geben die beiden gegenläufigen Kurven der Abbildung 2 einige Aufschlüsse. Die ansteigende Kurve zeigt die Zahlen der männlichen Studienanfänger in bestimmten mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächern, geordnet nach steigender Anzahl der Erstimmatrikulationen für diese Fächer. Es ergibt sich somit ein Einblick in den zunehmenden Beliebtheitsgrad der einzelnen Studiengänge bei Abiturienten in der Reihenfolge: Biologie, Mathematik, Mathematik und Physik, Chemie, Physik und Technische Physik, Elektrotechnik, Maschinenbau. Stellt man dieser sich so ergebenden Kurve der zunehmenden Beliebtheit dieser Fächer bei den Abiturienten die Beliebtheitskurve der Abiturientinnen gegenüber, so ergibt sich, daß diese Kurve diametral entgegengesetzt verläuft. Das heißt also: dem zunehmenden männlichen Interesse läuft das gleichmäßig abnehmende weibliche Interesse parallel. Vom Fach Biologie ausgehend, das gemäß Abbildung 1 noch zu den sich überschneidenden männlichen und weiblichen

3. Konferenz der europäischen Erziehungsminister

Vom 10. bis 12. Oktober 1962 fand in Rom auf Einladung des italienischen Erziehungsministers, Professor Luigi Gui, die 3. Konferenz der europäischen Erziehungsminister statt. Delegationen aus 16. europäischen Ländern nahmen an den Beratungen teil. Die Bundesrepublik war vertreten durch Kultusminister Voigt, Präsident der Konferenz der Länder-Kultusminister, Dr. Kohlhaase, Staatssekretär im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen, Dr. Sattler, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, und Dr. Hagemberg, Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium. In den vorangegangenen Konferenzen, Den Haag 1959 und Hamburg 1961, hatten die Minister Einigkeit erzielt über die wichtigsten Gebiete einer europäischen Zusammenarbeit im Erziehungswesen. In Rom wurden nun die ersten Ergebnisse des Programms erörtert, das vor einem Jahr in Hamburg entstand. Der Konferenz lag zum ersten Mal ein allgemeiner Bericht vor, der die zur Zeit in verschiedenen europäischen Ländern durchgeführten Reformen des Erziehungswesens darstellt. Die Minister betonten die Dringlichkeit einer besseren Koordination, um — wie es im Communiqué heißt — „das notwendige Gleichgewicht in der Entwicklung einer internationalen Politik in Fragen ihrer Zuständigkeit zu sichern“.

Im einzelnen standen folgende Fragen zur Debatte:

- Erfordernisse der Erziehung in den nächsten vier Jahrzehnten;
- Investition im Erziehungswesen;
- die Bedeutung der klassischen Sprachen und Wissenschaften;
- Forschungen im Erziehungswesen.

Die Konferenz schlug Maßnahmen vor für eine verbesserte Ausstattung des europäischen Erziehungswesens, um deren Verwirklichung die Minister sich in ihren Ländern bemühen wollen.

Schon jetzt konnten die Gesprächsteilnehmer Fortschritte konstatieren u. a. in der Frage der Weitererziehung junger Menschen zwischen 15 und 21 Jahren, beim Unterricht in lebenden Fremdsprachen und bei der Verwendung audiovisueller Hilfsmittel durch die Schule.

Die Konferenz empfahl den europäischen Regierungen, in Zukunft die Ausgaben für Erziehung und Forschung in Be-

Interessensgebieten zählt, nähert sich die Abnahme der Beliebtheit über die immerhin zahlenmäßig noch relativ gewichtigen Fächer Mathematik (mit Physik) und Chemie geradezu einer Distanzierung von der reinen und technischen Physik, um zuletzt in eine eindeutige Ablehnung der reinen Technik (als Elektrotechnik und Maschinenbau) überzuwechseln.

Die Aussage dieser Kurve ist wiederum überraschend eindeutig: die Abiturientinnen wenden sich geschlossen von Wissenschaftsgebieten ab, die, aufbauend auf mathematisch-physikalischer Grundlage, rein technisch-konstruktive Themen zum Inhalt haben. Man könnte diesen Sachverhalt auch folgendermaßen formulieren: die Frau fühlt sich von dem abstrakten Zwecken denken, das neben der natürlich gewachsenen biologisch-geistigen Welt eine neue utilitaristische Welt der Technik entwickelt hat, eher abgestoßen als angezogen und sie vermeidet - nicht nur auf dem akademischen Sektor - möglichst alle Tätigkeiten, die sich in diesem abstrakten und utilitaristischen Gebäude der Technik abspielen.

Durch diese Feststellung wird nunmehr auch deutlich, daß es nicht eigentlich die Naturwissenschaften schlechthin sind, die bei den Abiturientinnen wenig Neigung finden, sondern daß die Abneigung eigentlich erst da beginnt, wo die Naturwissenschaften nicht mehr nur forschend und erkennend in die materielle Welt eindringen, um diese Welt zu verstehen. Die Abneigung beginnt im Grunde auch noch nicht bei der Mathematik, aber an dem Punkt nimmt sie, wie die Abbildung 2 zeigt, ganz gewiß ihren Anfang, an dem aus Mathematik und angewandter Physik eine neue, eine un-natürliche Welt aus dem menschlichen — und hier muß es nun heißen: aus dem männlichen — Geiste erzeugt wird. Wie aber überall im Lebendigen die Grenzen fließend sind, so beginnt auch die Abneigung gegen diese männlich-technische Welt bereits bei der Mathematik und reinen Physik ihre Schatten zu werfen, mit der Folge, daß auch diese Fächer nur bei wenigen Abiturientinnen, selbst unter dem Aspekt des Lehrerinnenberufes, auf Zuneigung stoßen.

(Schluß folgt)

ziehung zum Volkseinkommen zu setzen; denn solche Ausgaben erhielten, so heißt es in einer Resolution, mehr und mehr den Charakter einer Investition.

Die nächste Konferenz der europäischen Erziehungsminister wird auf Einladung der britischen Regierung voraussichtlich im April 1964 in London stattfinden.

VDS-Fachverband zur Publizistikwissenschaft

Zur Lage der Publizistikwissenschaft in der Bundesrepublik und Westberlin hat der Fachverband Publizistik und Zeitungswissenschaft im Verband Deutscher Studentenschaften eine Denkschrift herausgegeben. Darin wird über die mangelhafte personelle und sachliche Ausstattung der publizistischen Institute berichtet und die Forderung erhoben, den Studierenden dieser Fachrichtung die Möglichkeit zu geben, ein den anderen Disziplinen vergleichbares Studium zu absolvieren.

Die Verfasser führen die kritische Lage in der Publizistikwissenschaft auf die Hochschulpolitik des 3. Reiches und den zweiten Weltkrieg zurück. Bis heute sind nach Angaben der Denkschrift die wenigen Ordinariate und Assistentenstellen nur schwer zu besetzen. Nach 1945, so heißt es weiter, haben die Universitäten für junge Wissenschaftler nur sehr wenige Planstellen unter sehr ungünstigen Arbeitsbedingungen angeboten. Viele zogen damals eine praktische Arbeit bei Presse, Funk oder Film der wissenschaftlichen Betätigung vor. Für Forschung und Lehre steht nur ein gering bemessener Sachetat zur Verfügung. Bibliotheken und Archive haben bis zum heutigen Tage die Kriegsfolgen nicht überwunden.

Die Denkschrift gibt dann einen Überblick über die Studienmöglichkeiten für Publizisten in der Bundesrepublik: Fünf Hochschulinstitute — an den Universitäten Berlin, München, Münster, Erlangen und Göttingen — betreiben gegenwärtig publizistische Forschung und Lehre; das Institut an der Heidelberger Universität wurde nach dem Tode seines Direktors geschlossen. In Berlin, München und Münster ist ein Studienabschluß durch Promotion oder Magisterprüfung möglich. Den Institutsleitern steht allerdings kein ausreichender Assistentenstab zur Verfügung; so werden die Lehrprogramme durch Aufträge an Praktiker des Journalismus ergänzt. Die technischen Einrichtungen sind nur in Berlin und Münster befriedigend. Ganz unzulänglich sind dagegen die Institute in Erlangen und Göttingen ausgestattet; ihre Schließung wird diskutiert.

Assistenten und wissenschaftliche Hilfskräfte fehlen fast völlig. Forschungsinstitute und wissenschaftliche Gesellschaften außerhalb der Universitäten haben sich dem Forschungsbereich der Publizistikwissenschaft zugewandt, ohne jedoch — in der Regel — ihrem Charakter und ihren Mitteln entsprechend größere Forschungsaufgaben kontinuierlich durchführen zu können.

Angesichts dieser kritischen Situation bedauert der VDS-Fachverband die Einstellung des Wissenschaftsrats zur Publizistikwissenschaft, der in seinen Empfehlungen von 1960 diese Disziplin als ein „Sondergebiet“ bezeichnete, das in Zukunft nur noch an den Universitäten Berlin und München gepflegt werden solle. Wenn auch nachträglich die sachlichen Fehler dieser Einschätzung anerkannt worden seien, so habe sie doch, stellt die Denkschrift fest, gefördert durch das hohe Ansehen des Wissenschaftsrates, meinungsbildend gewirkt. Darum müsse nun verstärkt gefordert werden, daß die Publizistik-Institute sachlich und personell in die Lage versetzt würden, ihren Aufgaben auch im Hinblick auf die Studenten aus den Entwicklungsländern gerecht zu werden.

D. H.

Das Wohnungs-Defizit in Studenten-Städten wird in einer Behandlung der Wohnungsmärkte der westdeutschen Großstädte, die Karl Grün in der FAZ einer Analyse unterzieht, mit einigen Angaben zu deren spezieller Wohnraumkrise aufschlußreich beleuchtet. Auffallend ist, daß unter den zwölf Großstädten mit den größten rechnerischen Wohnungsdefiziten zehn Städte sind, die Universitäten oder Hochschulen beherbergen: Braunschweig, Hamburg, Aachen, Hannover, Bonn, Freiburg, Kiel, München, Heidelberg und Stuttgart. Ähnliches gilt in besonderem Maße für die noch nicht zu den Großstädten zählenden „Studentenstädte“ Marburg und Göttingen, die beide die höchsten „Defizite“ überhaupt, nämlich 31,7 und 25,5 Prozent aufweisen. (WD)

Zweite Deutsche Afrika-Woche in Bonn

Die zweite Deutsche Afrika-Woche wurde am 18. Oktober 1962 im Beisein von Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke durch Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier in Bonn eröffnet. Delegierte aus 36 afrikanischen Ländern nahmen an der Eröffnungsfeier teil.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Afrika-Gesellschaft begrüßte Dr. Gerstenmaier die Gäste. Er bezeichnete es als Symptom für das zunehmende Interesse des deutschen Volkes an den Problemen der afrikanischen Staaten, daß es heute möglich sei, bereits zwei Jahre nach der ersten eine zweite Afrika-Woche zu veranstalten. Deutschland wolle Afrika und den Afrikanern mit Freundschaft begegnen. Die jungen Staaten würden nicht lange Zeit haben, so meinte er, um die Diskrepanz zwischen ihrer neu erworbenen staatlichen Souveränität und ihrer materiellen Abhängigkeit zu überwinden. Eine planvolle Zusammenarbeit der Entwicklungsländer mit den Staaten, die Entwicklungshilfe leisteten, sei darum unerlässlich. Dr. Gerstenmaier sagte wörtlich: „Der Sinn dieser Hilfe kann nicht sein die Etablierung von laufenden Subventionen auf unabsehbare Zeit; denn das hieße, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer zu verewigen, anstatt ihre Unabhängigkeit zu befestigen.“

Der Bundespräsident ging in seiner Ansprache auf die finanzielle Seite der Entwicklungshilfe ein und sagte, seit 1956 seien an technischer Hilfe und Kapitalhilfe bisher rund 1,2 Mrd. DM verausgabt bzw. verplant worden. Hinzu kämen noch mehrere Millionen DM an privaten Investitionen. Im ganzen seien etwa 2 Mrd. DM aufgebracht worden. Die Bundesrepublik müsse mehr als bisher dazu beitragen, daß in den Entwicklungsländern selbst Fachkräfte herangebildet werden könnten. Diese Art von Förderung sollte nach Ansicht des Bundespräsidenten allem vorangestellt werden, auch einer Ausbildung von afrikanischen Fachkräften in der Bundesrepublik.

Bundesminister Scheel nannte die Entwicklungspolitik „eine Art Sozialpolitik in weltweitem Ausmaß“. Als Beispiel für eine erfolgreiche Entwicklungshilfe führte er in seiner Rede Indien an, wo in den letzten zehn Jahren für sechseinhalb Millionen Menschen neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Der rasche Bevölkerungszuwachs

stelle hier besondere Aufgaben. Die Bundesregierung sei aber auch bestrebt gewesen, den afrikanischen Staaten beim Aufbau ihrer Länder zu helfen. Vor allem seien gefördert worden der Bau von Straßen, Brücken, Eisenbahnanlagen, Hafenanlagen und Kraftwerken. Die Aufwendungen für die Errichtung von Schulen und anderen Ausbildungsstätten hielten im Rahmen der technischen Hilfe die Spitze. Der Minister begrüßte, daß von Jahr zu Jahr mehr junge Afrikaner in die Bundesrepublik kämen, um sich hier die für den Aufbau ihres Heimatlandes nötigen Kenntnisse zu erwerben. Gegenwärtig studierten rund 2500 Studenten aus Afrika an den Hochschulen der Bundesrepublik.

Im Rahmen der Afrika-Woche werden in 75 Städten der Bundesrepublik 132 Veranstaltungen durchgeführt. Bereits am 16. Oktober wurde in der Bonner Beethovenhalle eine Ausstellung „Das geistige Bild Nigeriens“ eröffnet, die bis zum 15. November in mehreren Großstädten zu besichtigen sein wird.

Für Europäisierung des Jurastudiums

„Dem Juristen eröffnen sich völlig neue Perspektiven. Sie reißen nicht nur die Grenzen zwischen einzelnen Staaten nieder, sondern ebenfalls die Grenzen zwischen einzelnen Sektoren, die man früher für säuberlich getrennte Materien gehalten hat.“ Dem Internationalen Jurastudenten-Kongreß, vor dem Professor Hendrik Brugmans, der Rektor des Europa-Kollegs Brügge, die zitierten Worte sprach, ging es vor allem darum, die Grenzen zwischen den nationalen Studiensystemen für die Rechtswissenschaft abzubauen. Der Kongreß tagte Mitte Oktober in der Berliner Kongreßhalle; etwa achtzig Jurastudenten aus vierzehn westeuropäischen Ländern nahmen an ihm teil.

Die juristischen Fakultäten haben sich bisher dem internationalen Studentenaustausch — bedingt durch die Unterschiede zwischen den Rechtssystemen — meist verschließen müssen. In der Bundesrepublik findet man an ihnen noch nicht einmal ein Prozent ausländischer Studenten. Der Fremdheit zwischen den europäischen Jurastudenten soll nun ein neuer internationaler Verband entgegenwirken, dessen Gründung auf dem Berliner Kongreß beschlossen wurde: die „International Federation of Law Students“. Nach dem Vorbild der AIESEC und anderer internationaler studentischer Interessenverbände soll die IFLS nun auch den Jurastudenten den Weg für einen intensiveren Austausch bereiten. Zunächst betrachtet es die Vereinigung als ihre Aufgabe, internationale Seminare und Konferenzen einzuberufen und die internationale Arbeit der nationalen Fachverbände zu koordinieren.

Darüber hinaus hoffen die Gründer der IFLS, durch Teilnahme an den EWG-Beratungen über die Studienangleichung in Westeuropa auch in größerem Rahmen wirksam werden zu können. Davon versprechen sie sich, daß auch im Ausland absolvierte juristische Semester bald überall auf die Studienzeit angerechnet werden. Dies, so meinen sie, wird eine wichtige Vorstufe zur europäischen Rechtsangleichung sein.

Die Chancen einer solchen Rechtsangleichung wurden in Berlin nicht nur von den Studenten optimistisch beurteilt. Ein Kongreßgast, Professor Rodière vom Institut für Rechtsangleichung an der Universität Paris, meinte: „Innere und äußere Faktoren begünstigen eine einheitliche Gesetzgebung innerhalb der EWG. Die günstige Beeinflussung der äußeren Faktoren hängt von dem Interesse der einzelnen Staaten ab, die durch gemeinsame Bedürfnisse, die gemeinsame Zivilisation und die gemeinsame Rechtsgeschichte einander näherstehen. . . . Die inneren Faktoren beziehen sich auf die Europäische Gemeinschaft selbst.“ Und der schon eingangs zitierte Professor Brugmans beschwor seine jungen Hörer: „Seien Sie Rechtsphilosophen! Erstreben Sie Versiertheit auf möglichst vielen Gebieten, da sie zur erforderlichen Elastizität eines europäischen Juristen unentbehrlich ist.“

Die Gründer der IFLS wollen sich darum bemühen. Zunächst wählten sie die verantwortlichen Häupter, von denen Erfolg oder Mißerfolg der anspruchsvollen Pläne weitgehend abhängen wird. Generalsekretär wurde der niederländische Rechtsstudent Fritz Ruter; zum Vorsitzenden des Ständigen Komitees wählte der Kongreß den Deutschen Günter Witzsch. Witzsch ist Vorsitzender für internationale Angelegenheiten im Fachverband Rechtswissenschaften des VDS.

fp

60 Millionen DM für Wissenschaft und Technik

Zwischenbilanz der Stiftung Volkswagenwerk

Das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk trat am 22. Oktober 1962 zu seiner 5. Sitzung in Hannover im Gästehaus der Landesregierung zusammen.

Das Kuratorium bewilligte weitere 3,7 Millionen DM für wissenschaftliche Forschungsvorhaben. Damit hat die Stiftung Volkswagenwerk seit Aufnahme ihrer Arbeit im Februar ds. Js. insgesamt rund 60 Millionen DM zur Förderung von Wissenschaft und Technik zur Verfügung gestellt.

Zu den Bewilligungen der 5. Sitzung zählen auch diesmal Themen aus Natur-, Ingenieur- und Geisteswissenschaften, darunter spezielle physikalische Großgeräte ebenso wie wertvolle Einrichtungen und Vorhaben der Musikwissenschaft.

Mehrere EWG-Studien-Stipendien werden zur Förderung des Besuchs von Hochschulinstituten, die sich in Lehre und Forschung vor allem mit europäischen Fragen beschäftigen, für das Studienjahr 1962/63 gewährt. Die Höhe der Studienbeihilfen richtet sich nach den an den jeweiligen Instituten üblichen Stipendien. Bewerber, die ihren Hochschulort wechseln und statt wie bisher am eigenen nun an einem ausländischen Institut studieren wollen, werden bevorzugt. Über die Stipendien entscheidet die EWG-Kommission in Brüssel unter Berücksichtigung der Vorschläge des Hochschulinstituts, an dem der Bewerber studiert.

Unter dem Titel „Grundzüge eines Plans für den Aufbau des Bildungswesens in Afrika“ hat die Deutsche UNESCO-Kommission eine Schrift herausgegeben, die einen übersetzten Auszug aus dem Bericht darstellt, den die UNESCO im Anschluß an die Konferenz der afrikanischen Staaten über die Entwicklung des Bildungswesens in Afrika im Mai 1961 in Addis Abeba veröffentlichte. Enthalten sind in dieser Schrift zusammenfassende Darstellungen der Bedürfnisse der afrikanischen Staaten, der wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Bildungsförderung und die Empfehlungen der Addis-Abeba-Konferenz.

Die Studenten und die Neue Universität

Das Gutachten des Verbandes Deutscher Studentenschaften

Am 30. Oktober hat der Vorstand des VDS das angekündigte Gutachten zur Neugründung von Hochschulen der Öffentlichkeit übergeben. Es war von der „Neugründungskommission“, der etwa 20 ehemalige und jetzige Mitarbeiter des Verbandes angehören, in mehr als einjähriger Arbeit erstellt worden. Als Sekretär haben der Kommission zuerst der jetzige Vorsitzende des VDS, Lothar K r a p p m a n n, dann der Verfasser vorgesessen.

Es war Aufgabe dieser Arbeitsgruppe, ein praktikables Modell einer neuen Hochschule zu entwerfen. Sie hat sich innerhalb dieses Rahmens gehalten und ihn nur dort überschritten, wo es von ihrem Thema her unbedingt geboten war. Weder sollte sie die Probleme erörtern, die mit der auch in Zukunft weiter steigenden Zahl der Studenten auch die neuen Hochschulen bedrängen, ja ihnen unter Umständen die ruhige Anfangsentwicklung empfindlich beschneiden werden, noch war es ihre Sache, Wege und Möglichkeiten der „schleichenden“ Hochschulreform im fest gefügten System der bestehenden Hochschulen aufzuzeigen. Beides mag den scheinbar ungebrochenen Optimismus erklären, mit dem hier ein Gesamtmodell, das so nur auf jungfräulichem Boden verwirklichter erscheint, entwickelt wurde. Daß jene Probleme gesehen wurden, wird aber aus den Ausführungen des Gutachtens klar. Ebenso wie die frühere Forderung des VDS erneuert wird, sofort mit der Planung von mindestens zehn Hochschulen zu beginnen, und die Planungsbemühungen zentral zu koordinieren, liegt es auf der Hand, daß die in dem Gutachten entwickelten Vorstellungen über das Modell eines Studienganges, über Arbeitsformen und Organisationsprinzipien von Forschung und Lehre von den Studenten so gemeint sind, daß sie auch auf die bestehenden Hochschulen Anwendung finden sollen.

Mit dem Gutachten hat sich der Verband die Basis zur Mitgestaltung bei der Errichtung neuer Hochschulen geschaffen. Dieser Wille sollte um so weniger überhört werden, als in dem Gutachten — wie der Titel besagt — ein Gesamtkonzept einer wirklich neuen Hochschule von einem Ausgangspunkt her entwickelt wurde, wie er in allen bisherigen Plänen kaum berücksichtigt, ja zum Teil bewußt mißachtet wurde: Studium und Studentenschaft an neuen Hochschulen. Und gerade dieser Gesichtspunkt dürfte auch diesem Gutachten größere Wirksamkeit im System der bestehenden Hochschulen verleihen, da von ihm aus die Phänomene angesprochen werden, die zu den tatsächlichen Schwerpunkten der Miß- und Rückstände des deutschen Hochschulwesens geführt haben. Gerade dieser Gesichtspunkt macht die Mitarbeit der Studenten bei der Gründung neuer Hochschulen dringend notwendig.

Arbeitsform der Wissenschaft

Der Anspruch, den die Studenten an alle Mitglieder und Verantwortlichen der Hochschule, nicht zuletzt an sich selber stellen, ist hoch; Studium sei eine Arbeitsform der Wissenschaft — also keineswegs in keinem seiner Teile nur Aneignung von Wissen, Kenntnissen, Methoden, sondern ihr Gebrauch — und demnach mit den anderen Formen wissenschaftlichen Arbeitens, Forschung und Lehre, in ständigem Zusammenhang zu organisieren; die Anstellung bloßer nichtforschender „Studienräte“ im Hochschuldienst wird ebenso abgelehnt wie ein nichtwissenschaftliches „Vor“studium; das Studium soll von allem Anfang wissenschaftliches Arbeiten, freilich kontrolliert und angeleitet, sein. Gerade darin sieht die Kommission die alleinige Aufgabe der Hochschule, nämlich der Wissenschaft zu dienen, erfüllt; es wird ausgebildet an der Wissenschaft z u m wissenschaftlichen Arbeiten. Die Frage nach den möglichen bildenden Wirkungen wissenschaftlichen Arbeitens steht deutlich im Hintergrund und bedarf nach Ansicht der Kommission zumindest keiner besonderen institutionellen Konsequenzen; eine bewußte erzieherische Einwirkung auf die Studenten wird als mit dem kritischen und rationalen Geiste der wissenschaftlichen Arbeit im Widerspruch stehend abgelehnt.

Für die Wissenschaft aber wird gefordert, sie solle frei sein in der Wahl ihrer Ziele, Methoden und Mittel, frei und unabhängig von außerwissenschaftlichen, beruflichen oder gesellschaftlichen Interessen; wissenschaftliche Arbeit wird gekennzeichnet durch die Anwendung rationaler Methoden, durch die Notwendigkeit der Spezialisierung, durch die Forderung selbstkritischer Bewußtheit — „Reflektion“ — der Ziele und Methoden und der gemachten Voraussetzungen, vor allem aber durch die Forderung nach Kooperation

der Wissenschaftler — und alles dieses soll auch der Student bereits im Studium erfahren, einüben, erproben können. „Akademische Freiheit“ des Studenten also wird nicht von seiner — schlechten — gesellschaftlichen Enthobenheit her, sondern von dem Charakter wissenschaftlichen Arbeitens ausgehend begründet: sie ist dem Zweck unterworfen, ein wissenschaftsgemäßes Studium zu ermöglichen, sie ist nicht Selbstzweck.

„Grundstudium“ — „Hauptstudium“

Und so erfordert sie geradezu die Empfehlung, den Studenten vor Antritt seines Studiums über seine Eignung und seine Studienmöglichkeiten intensiv zu beraten, ihn in den ersten Semestern durch ein sorgfältig strukturiertes „Grundstudium“ zu führen, von ihm dann den Erweis seiner „Studierfähigkeit“ in einer Zwischenprüfung zu verlangen und ihn danach im Hauptstudium zu selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten aufzufordern, das einer Kontrolle nicht mehr unterworfen zu sein braucht, als es jede wissenschaftliche Arbeit durch Dialog und Kritik auch ist. Dies Grundstudium aber hat für den Aufbau der Hochschule einschneidende Konsequenzen. Die Neugründungskommission fordert die Reduzierung der überladenen Vorlesungen, ihre Ergänzung durch Skripten, einführende und systematisierende Literatur; durch Colloquien und durch Arbeitsgruppen der Studenten, die für sie die wichtigste Arbeitsform des Grundstudiums sind. Sie fordert die Verteilung der Vorlesungen und anderen Lehrveranstaltungen auf alle Hochschullehrer, einschließlich der Assistenten, um sie zu untergliedern; und sie will Tutoren als Leiter der Arbeitsgruppen dadurch gewinnen, indem sie möglichst vielen Studenten nach dem Abschluß ihres Studiums noch ein Nachdiplomstudium oder Zweitstudium ermöglichen und sie mit ausreichenden Stipendien an der Hochschule halten will. Sie verspricht sich dadurch zugleich eine breitere Basis für die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Hochschule, der für Ausbau und Neugründung der Hochschulen heute wohl das dringlichste und schwierigste Problem darstellt.

Organisation der Forschung

Revolutionärer sind die Forderungen der Neugründungskommission für die Organisation der Forschung. Forschung ist heute auf umfangreiche Materialien, Apparaturen, Labors, Anlagen angewiesen: sie soll also grundsätzlich in Instituten geschehen, in die alle Forschenden eintreten können und in denen alle — auch die Studierenden höherer Semester — einen Arbeitsplatz bekommen sollen.

Dabei werden drei Typen unterschieden: das „Forschungsunit“ als temporäres Institut, das von einer Forschungsgruppe zur Erforschung eines bestimmten Problems oder Sachkomplexes zeitweise in Anspruch genommen wird (das Institut muß also verschiedenen sachlichen Erfordernissen entsprechen können); das Fachinstitut, das die Forschung auf einem bestimmten ständigen Sachgebiet vereint und das am ehesten dem heute üblichen Institutstyp entspricht; und das Interdisziplinäre Institut, das die Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Methoden zur gemeinsamen Arbeit an übergreifenden Problemen und Komplexen zusammenführt.

Die Neugründungskommission hat der interdisziplinären Arbeit in Forschung, Lehre und Studium sehr große Bedeutung für den Fortschritt der Wissenschaft zugemessen, sie schlägt deshalb die Errichtung zahlreicher Interdisziplinärer Institute vor und regt an, daß auch die ständigen Fachinstitute sich zeitweilige und ständige Mitarbeiter aus anderen Disziplinen heranziehen. Das Material, das von mehreren Disziplinen gemeinsam benutzt werden kann, soll nach ihren Vorschlägen in größeren Einrichtungen zusammengefaßt werden: in Forschungszentren oder — soweit es die Bücher betrifft — in Abteilungsbibliotheken.

Die Neugründungskommission hat radikal mit dem überlieferten System des Nebeneinander von Zentralbibliothek und zahlreichen, unkoordinierten und unkontrollierten Instituts- und Seminarbibliotheken gebrochen: alle Bücher sollen auf Abteilungsebene systematisch aufgeduldet und im Freihandsystem vollständig zugänglich gemacht werden — das Material gehört an den Arbeitsplatz. Zentral verbleiben die Verwaltung, die Beschaffung und Katalogisierung und die Ausbildung des Bibliothekarnachwuchses.

Um die Forschung auch von sachfremden Gesichtspunkten der Lehre frei zu halten, wird diese nicht auf der Ebene der

Institute, sondern bei Abteilungen organisiert, die die überlieferten Fakultäten als kleinere, sachgegliederte und handlungsfähige Selbstverwaltungseinheiten ablösen sollen. Deswegen gibt es auch getrennte Zentralinstanzen für Forschung, Lehre und Studium für die gesamte Hochschule: der Forschungsrat erstellt den Forschungsetat der Hochschule und übernimmt die langfristige Planung der Forschung und des Institutsaufbaus; das Studien- und Prüfungsamt sorgt für die Aufstellung der Studiengänge und -pläne, für Ordnung und Durchführung der Prüfungen; die Lehr- und Berufungskommission — vom Senat gewählt und zusammenarbeitend mit den Abteilungen — hat die Aufgaben, die Abteilungsgliederung zu entwickeln, für die Ergänzung des Lehrkörpers zu sorgen und insbesondere Habilitationen und Berufungen durchzuführen. Revolutionär mutet die Forderung an, alle Berufungen auszuschreiben und für Habilitation und Berufung freie Bewerbung zuzulassen sowie zur fachlichen Begutachtung auswärtige Fachvertreter hinzuzuziehen. Zusammen mit der überfälligen Reform der Besoldung der Hochschullehrer müßten diese Vorschläge eigentlich eine Beschleunigung und eine Verbreiterung der Basis bei der Besetzung neuer und freier Stellen im Lehrkörper bringen.

Selbstverwaltungsorgan

Wie die Organisation der Arbeitsvorgänge der Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium, so ist auch die Organisation der Selbstverwaltung von zwei Prinzipien bestimmt: Beteiligung aller Bürger der Universität, Dozenten, Assisten-

ten und Studenten, an der Verwaltung der sie gemeinsam berührenden Angelegenheiten, und Ermöglichung der Kontinuität. Auf der Ebene des Instituts, der Abteilung und der Gesamthochschule sind Studenten, Assistenten und Habilitierte („Kollegium“) zunächst in eigenständigen Vertretungen organisiert und entsenden Vertreter in die legislativen Selbstverwaltungsgremien: Institutsversammlung, Abteilungsversammlung und Senat. Institutsdirektoren und Abteilungsvorstände werden auf Zeit gewählt und alternieren unter den Habilitierten: damit entfällt die herausgehobene Stellung des Ordinarius alter Prägung. Der Senat wählt schließlich den Rektor und die ihn auf bestimmten Sachgebieten unterstützenden Prorektoren langfristig; die Möglichkeit, diese Spitzenvertreter der akademischen Selbstverwaltung auch von außerhalb der Hochschule zu wählen, soll das Dilemma lösen helfen, in das jeder Hochschullehrer mit seiner spezialisierten Forschung und Lehre geraten muß, wenn er langfristig sich voll den Aufgaben der Selbstverwaltung widmen muß. Zugleich wird damit die Verwaltung der Hochschule den Organen der Selbstverwaltung ihrer Bürger wieder klar nachgeordnet.

Die Neugründungskommission spricht am Schluß ihrer Vorschläge die Hoffnung aus, daß Hochschulen nicht isoliert von der Stadt und der gesellschaftlichen Umwelt, in der sie stehen, geplant werden, daß sie beschleunigt errichtet werden und daß an allen Stadien der Planung und Errichtung Studenten beteiligt werden. Mit Berufung auf mangelnde Sachkunde wird man künftig dieses Angebot zur Mitarbeit nicht mehr zurückweisen können. Peter Müller

Über Zentralkollegien

In der Zehnjahresschrift des Göttinger Studentenwohnheimes „Historisches Colloquium“, die zum Jubiläumstag, dem 4. November 1962 vorgelegt wurde, hat Dr. Jürgen Fischer, Generalsekretär der Westdeutschen Rektoren-Konferenz aus seiner langjährigen Verbundenheit mit dem „Colloquium“ als Göttinger Historiker einen kurzen, inhaltsreichen Beitrag veröffentlicht. Die interessante Auffassung zu diesem Thema der Studentenheime an unseren Hochschulen wird auch unseren Leserkreis interessieren.

Als dieses Haus erdacht und errichtet wurde, hatten die Universitäten und Wissenschaftlichen Hochschulen trotz mancher Anstrengungen noch nicht erreicht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Parlamente und der Regierungen auf die gefährlichen Unvollkommenheiten ihres äußeren Zustandes zu lenken. So blieben sie denn auch von öffentlichen Reformverlangen unbehelligt. Nachdem aber seit 1960 die Empfehlungen des Wissenschaftsrates die unterschiedene Beseitigung der materiellen Notstände eingeleitet hatten, wandte sich die allgemeine Aufmerksamkeit auch den inneren Verhältnissen der Universitäten zu. Sie verwandelte sich alsbald von respektvoller Beschreibung in kritische Unzufriedenheit, so daß sich der Wissenschaftsrat 1962 genötigt sah, „Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen“ in der Hoffnung zu publizieren, daß das Beispiel neuer Universitäten den alten Universitäten den dornigen Weg zur Reform erleichtern möge.

Ein Kapitel dieser „Anregungen“ befaßt sich mit der Gründung „zentraler Universitätsinstitute“, in denen die Forschungen verwandter, jedoch in verschiedenen Fakultäten beheimateter Fächer unter der Verantwortung des Senats institutionell gebündelt werden sollen; ein anderes Kapitel rät zur Errichtung von Kollegienhäusern und ihrer Einordnung in den wissenschaftlichen Unterricht für Studenten der ersten drei Semester.

Mit wohlwogenen Gründen schlägt der Wissenschaftsrat vor, die allgemeinen Lehrveranstaltungen der neuen Universität zum Zwecke der Auslese, der individuellen Erweckung kritischen Vermögens, der Ergänzung von Grundkenntnissen und der praktischen Studienhilfe durch die Errichtung von Kollegienhäusern zu unterstützen, in denen Studenten, Assistenten und Dozent gemeinsam „jene akademische Ausbildung und menschliche Bildung gegenseitig bedingen“.

Über keinen Bereich der Hochschulreform hat die Diskussion seit 1948 ein so erstickendes Gewebe des Für und Wider gesponnen, wie über den der Wohnheime und ihrer Aufgaben. Mit besonderer Hartnäckigkeit hält sich die Ansicht, der Auftrag der Universität, ein — meist nebelhaftes — Studium generale, ferner ein — pur ideologischer — Korporationsbegriff verbiete die Errichtung von Wohnheimen oder Kollegien, in denen Studenten eines Faches oder einer Fakultät wohnen und arbeiten. Der Wissenschaftsrat beugt sich diesem Vorurteil, empfiehlt aber zugleich, die Teilnahme der sämtlich in den Kollegienhäusern

wohnenden Studenten der ersten drei Semester an den Unterrichtshilfen, die das Haus bietet, obligatorisch zu machen. Wie aber Protpektoren und Tutoren für solche Häuser unter Dozenten und Assistenten gefunden werden und Unterrichtshilfen leisten können, wenn die Studenten, wie bisher in den Wohnheimen, sämtlichen Fakultäten angehören und alle in der Universität vertretenen Fächer studieren — das bleibt in dieser „Anregung“ wie bisher in leichthin verleugnetem Dunkel.

Offenbar mußte die Rechte des Wissenschaftsrates nicht, was seine Linke tat: An anderer Stelle seiner „Anregungen“ schlägt nämlich der Wissenschaftsrat die Gründung „zentraler Institute“ vor, in denen die Forschungen verwandter Fächer verschiedener Fakultäten organisiert werden sollen. „Beispielsweise (greift) ... die Geschichte in fast alle traditionellen Fakultäten über und (ist) in ihnen mit Speziallehrstühlen vertreten“ (Geschichte, Geschichte der Naturwissenschaften, der Technik, der Medizin, der Wirtschaft und des Rechts).

Die Geschichte des Historischen Colloquiums applaudiert solchem Vorschlage. Aber man wundert sich doch. Da wird ein neues Strukturprinzip für die Forschungseinrichtungen der Universität entwickelt, da wird wieder und wieder die Einheit von Forschung und Lehre betont, da wird der Student, weil es doch vor der Wahrheit nur Anfänger gibt, als Teilhaber der Forschung bezeichnet — und wenige Seiten später wird das neue Prinzip auf Kollegienhäuser nicht angewandt, sondern statt dessen die Zwangseinweisung der Studienanfänger aller Fakultäten in akademischer Propeudeica angeregt, in denen dann wieder wie bisher „alles gemischt ist ordnungslos und wiederkehret uralte Verwirrung“.

Fordern wir also mit dem Rechte einer zehnjährigen Erfahrung mehr Konsequenz, weniger Rücksicht auf jene fatalen Wohnheimideologien, welche so lange schon das Interesse der Hochschullehrer aller Grade lähmen, in den Wohnheimen mit den Studenten aller Semester zu arbeiten. Fordern wir also für die alten Universitäten schon jetzt die Errichtung und akademische Pflege von Zentralkollegien, deren jedes einer der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Fächergruppierung gewidmet ist. Es wird leicht sein, fachlich und menschlich fähige Dozenten und Assistenten für jedes dieser Heime zu gewinnen, dessen Aufgabe nicht mehr in unübersehbarem Widerspruche zu den wissenschaftlichen Interessen des Hochschullehrernachwuchses steht. Und sollte die Hoffnung des Wissenschaftsrates sich erfüllen, daß auch die alten Universitäten zur Gründung von „zentralen Instituten“ schreiten, so würden diese in den Zentralkollegien einen „Klangkörper“ vorfinden, in dem die Instrumente der verschiedenen Fakultäten bereits auf eine Harmonie gestimmt sind. Der Mädchenstimmen, dieses sei dem allzu männlichen Wissenschaftsrat noch gesagt, kann freilich solche Harmonie nicht entbehren. Jürgen Fischer

VI. Gesprächskreis Wissenschaft - Wirtschaft

Das VI. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fand am 19. Oktober in München statt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag, der sich von nun an an der Geschäftsführung des Gesprächskreises beteiligt, hatte zur Diskussion über das Thema „Das Problem der beruflichen Weiterbildung in der modernen Gesellschaft“ eingeladen.

In seiner Eröffnungsansprache wies der Präsident des DIHT, Alwin Münchmeyer, darauf hin, daß sich die Industrie- und Handelskammern traditionell mit dem beruflichen Bildungswesen beschäftigt haben. An dem Beispiel der englischen Universitäten, denen die Kontaktpflege zu ihren im Beruf stehenden Absolventen eine Selbstverständlichkeit sei, wies er auf eine Möglichkeit hin, die die deutschen Wissenschaftler heute noch längst nicht ausreichend erkannt hätten. Freilich müsse vorher auch eine gerade auf Seiten der praktisch denkenden Unternehmer bestehende Scheu, den komplizierten, durch vielfältige Reflexion gefilterten Formeln und Gedankengängen der Wissenschaft zu folgen, überwunden werden.

Die Betrachtungen Prof. Dr. Franz Schnabels, Ordinarius für Geschichte an der Universität München, machten es den Wirtschaftlern sicher nicht leicht, diese Scheu zu überwinden. Seine länger als einstündige Durchdenkung des Humanismus in Geschichte und Gegenwart war für den Fachkenner ein erregendes Erlebnis, das ihn die Größe und Weite der Gedankengänge eines langen Gelehrtenlebens ahnen ließ. Der Wirtschaftler aber wird sich manchmal gefragt haben: cui bono?, und erst im allerletzten Teil, als Prof. Schnabel auf die Gegenwart zu sprechen kam, aufgehört haben. Geringe, sehr geringe Chancen räumt der Redner heute der humanistischen Bildung ein, da ihr nicht nur die Zeitansprüche ungünstig seien, sondern darüber hinaus Schule und Hochschule an schweren Mängeln krankten. Eine ungewöhnlich scharfe Kritik übte er an denjenigen, die in der Arbeit des Wissenschaftsrates ein Stück Hochschulreform sähen — mit „mechanistischen, rein statistischen“ Methoden könne man die wirkliche Krise nicht einmal lindern.

Der „mit großer Praxisnähe“ zutreffend apostrophierte Frankfurter Wirtschaftspädagoge Prof. Dr. Karl Abraham erörterte fachmännisch praktikable Fragen. Man spürte sofort, daß Redner und Zuhörer auf einem gemeinsamen Terrain standen, wo sich auch beide zu Hause fühlten. Klar umriß er die Notwendigkeit einer grundlegenden

Fulbright-Woche in Bonn

Zu seinem zehnjährigen Bestehen veranstaltet das deutsche Fulbright-Programm vom 17. bis 23. November in der Bonner Universität eine Fulbright-Woche.

An dem Festakt am 19. November werden Bundeskanzler Adenauer und John J. McCloy teilnehmen, die das Abkommen 1952 unterzeichneten. Ferner werden zahlreiche offizielle und private Persönlichkeiten beider Länder und die Vertreter der anderen europäischen und außereuropäischen Programme sowie zahlreiche deutsche Fulbrighter und Freunde des Fulbright-Programmes erwartet. Senator Fulbright selber wird die Festansprache halten und den Ehrenvorsitz der Gesellschaft der Freunde des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Austausches (Freunde des Fulbright-Programms) e.V. entgegennehmen.

Namhafte amerikanische und deutsche Professoren werden Festvorlesungen und Colloquien über Philosophie, Soziologie, Literatur, Wirtschaftswissenschaft, Technik und Naturwissenschaften halten.

Am 17. November wird in der Beethovenhalle in Bonn eine Ausstellung mit Kunstwerken von Fulbright-Stipendiaten eröffnet und während der Bonner Fulbright-Woche dort zu sehen sein. Anschließend wird sie auch in den Amerika-Häusern in der Bundesrepublik ausgestellt werden.

Amerikanische Künstler, die sich im Rahmen des Fulbright-Programms an deutschen Musikhochschulen vervollkommneten, werden Konzerte und Liederabende geben und später ebenfalls in den Amerika-Häusern gastieren.

Neben dem offiziellen Programm werden die deutsche Fulbright-Commission und die Gesellschaft der Freunde des Fulbright-Programms, die beide ihren Sitz in Bad Godesberg, Theaterplatz 1a, haben, Arbeitssitzungen, Mitglieder-Versammlungen und Treffen mit Vertretern der anderen nationalen Programme in Bonn und Bad Godesberg abhalten. he

und einer weiterführenden Bildung, beleuchtete die bestehenden, jedem einsichtigen Mängel dieses zweiten Abschnittes und zog daraus Folgerungen für die Zukunft. Prof. Abraham zeigte auf, daß viele Länder den deutschen Hochschulen auf dem Gebiete der „post-graduate-studies“, der Fortbildungskurse für ältere Akademiker, der Einrichtung von interfakultativen Forschungszentren u. a. m. weit überlegen sind. Es war erfreulich, daß er nicht nur Anregungen aus dem Ausland aufzeigte, sondern auch die Möglichkeiten in Betracht zog, die in besonders günstigem Verhältnis die deutsche Wirtschaft gerade auf dem Gebiet der sogenannten Bildungshilfe besitzt.

Im Anschluß an die beiden Vorträge gab Dipl.-Ing. von Velsen noch einen Überblick über die vorhergegangenen Beratungen der Gesprächsgruppe „Akademischer Führungsnachwuchs für die Wirtschaft“, und so kam wegen der fortgeschrittenen Zeit eine längere Diskussion sowieso nicht mehr in Betracht. Daß jedoch das Gespräch nach genau 18 Minuten beendet war, muß gerade denjenigen nachdenklich stimmen, der die lebhaften vorjährigen Debatten im Gedächtnis hat.

Es geht nicht an, aus dem Verlauf eines vergleichsweise nicht so guten Gespräches generelle Schlüsse zu ziehen. Vielleicht aber überfordert man einen sich nur sporadisch treffenden Kreis, wenn man ihm eine Auseinandersetzung über Grundfragen unserer Bildung in einem dreistündigen Beisammensein abfordert.

Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft bewilligte im Monat Oktober sechs Millionen DM, davon eine Million DM im Schwerpunktprogramm und fünf Millionen DM für Einzelvorhaben. Im Schwerpunktprogramm wurde vor allem die Schiffbauaufschonung unterstützt. Unter den Einzelbewilligungen, die sich auf alle Fachgebiete verteilen, sind Untersuchungen zur Geschichte der Deutschen Widerstandsbewegung, einer familiensoziologischen Großstadtuntersuchung und eine wirtschaftswissenschaftliche Arbeit über Produktivität, Preise und Einkommen der Landwirtschaft zu nennen. In der Medizin werden unter anderem Arbeiten über Wundheilungen nach Strahleneinwirkungen und über Schwangerschaftstoxikosen gefördert. In den Naturwissenschaften konnten einige Spezialgebiete für physikalische und mineralogische Institute bewilligt werden. Reisebeihilfen wurden unter anderem zum Studium der Berbersprachen, für Aufnahmen der Felsbilder Südwestafrikas und für Musikforschungen im Vorderen Orient vergeben. Den Empfehlungen des Wissenschaftsrates entsprechend wurden eine Reihe von Habilitandenstipendien für sogenannte Massen- und Mangelfächer bewilligt. Die Mittel für diese Habilitandenstipendien erhielt die Forschungsgemeinschaft von der Fritz Thyssen Stiftung.

Anläßlich der Jahresversammlung 1963 des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (Gemeinschaftsaktion der Gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Forschung, Lehre und Ausbildung) am 9. und 10. Mai in Wiesbaden, wird Prof. Dr. Golo Mann, Technische Hochschule Stuttgart, den Festvortrag halten.

Mit der Gründung einer europäischen Universität befaßte sich nun zum wiederholten Male der Präsidialausschuß des europäischen Parlamentes. Wie es in einem Bericht dieses Ausschusses, der den Regierungen der Sechsergemeinschaft mangelnden politischen Willen zur Gründung einer solchen Universität vorwarf, heißt, seien die Vorbehalte der an ihre Tradition und ihre Routine gewöhnten nationalen Universitäten gegenüber der Gründung dieser Universität zwar verständlich, man könne jedoch zumindest mit einer Universität beginnen, an der man sich nur mit den modernsten wissenschaftlichen Problemen befassen würde.

Die Ford-Stiftung hat in ihrem letzten Hilfsprogramm einen Betrag von rund 13,3 Millionen Dollar für die wissenschaftliche Forschung in aller Welt zur Verfügung gestellt, wobei in Europa Österreich und die Schweiz berücksichtigt wurden. Empfänger sind die Österreichische Gesellschaft für Atomenergieforschung, die 25 000 Dollar für ein internationales Austauschprogramm und für Stipendien in Kernphysik enthält, ferner die internationale Vereinigung der Studenten, der Wirtschafts- und Handelswissenschaften in Genf mit 17 000 Dollar für Ausbildungszwecke. (WD)

„Unser Bildungswesen bedarf einer Expansion“

Referate des liberalen Kulturforums — Prof. Dahrendorf zu Reformfragen

Über das liberale Kulturforum Mitte Oktober in Nürnberg berichteten wir bereits in der vorigen Ausgabe des Hochschuldienst. Dabei gingen wir besonders auf das Einführungsreferat von Prof. Erbe über „Bildungsreform als Aufgabe des politischen Liberalismus“ ein. Im Folgenden nun eine inhaltliche Wiedergabe der übrigen Vorträge der Veranstaltung:

Günther Herzberg, Abgeordneter des Landtages von Nordrhein-Westfalen und Stadtschulrat in Münster, sprach zur Frage der Lehrerbildung. Nach seiner Ansicht hat der Lehrerstand im modernen Staat drei Funktionen. Er sucht in seiner Kulturfunktion „durch Erhaltung und Vermittlung der geltenden Wertwelt Bildungsgüter und Maßstäbe eines werdenden Zeitalters in Einheit zu bringen“. Dem Bildungs-, Erziehungs- und Leistungsauftrag der Schule wird er in seiner Gesellschaftsfunktion gerecht. Aufgrund seiner politischen Funktion leistet er schöpferische Arbeit zur Bildung von Staatsbürgern und gestaltet den Staat dadurch wesentlich mit. Einheitliche Grundlagen aller Ausbildung für Lehrer aller Schularten sind nötig. Die konfessionell getrennte Ausbildung ist, so meinte Herzberg, ein echtes Hindernis für die geistige Entwicklung eines Volkes. Der Ausbildung der Lehrer ermangelt es an Wissenschaftlichkeit. Herzberg empfahl die Einrichtung pädagogischer Institute an den Universitäten: „Der Lehrermangel kann nicht durch Ersatzlösungen wie Kurzausbildung oder Verwendung berufsfremder Lehrer behoben werden.“ Hauptforderung des Referates war die — verschiedenartig gestaltete — Hochschulausbildung aller Lehrer.

Kurz berichtet

Gegen eine Übernahme der technischen Disziplinen der geplanten Universität Bochum an die geplante Technische Hochschule Dortmund sprach sich der Vorsitzende des Gründungsausschusses der Universität Bochum, Professor Dr. Wenke, aus. Die ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen müßten in Bochum verbleiben, sollte nicht das Wort von der Einheit von Forschung und Lehre eine leere Phrase werden. Wenke lehnte auch entschieden den Vorschlag ab, schon jetzt in Bochum mit Vorlesungen in provisorischen Räumen zu beginnen.

Über den Stand der Planungen für die Universität Regensburg gab der Bayerische Kultusminister einige Einzelheiten bekannt. Wie er auf einer Pressekonferenz mitteilte, würden bereits im Haushalt 1963 feste Planungsmittel eingesetzt, damit der vom Landtag beschlossene Aufbau zügig vorangetrieben werde. Ferner seien von dem in München gebildeten Organisationsausschuß bereits konkrete Vorstellungen über die Gliederung der vierten Landesuniversität ausgearbeitet worden. Obwohl sich nicht vermeiden ließe, den Aufbau stufenweise zu vollziehen, so werde in Regensburg in jedem Falle eine Voll-Universität angestrebt.

Zu wenig Lehrstühle für Arbeitsmedizin gibt es nach Meinung von Prof. Symanski, Universität Saarbrücken. Der Wissenschaftler teilte dies auf der Tagung der werkärztlichen Arbeitsgemeinschaft mit, zu der sich etwa 250 Teilnehmer aus dem In- und Ausland in der Hauptstadt des Saarlandes eingefunden hatten. Besondere Bedeutung wurde auf dieser Tagung der Silikose und deren Verhütung beigemessen. Man wies nach, daß auf Grund vorbeugender Maßnahmen im Saarbergbau bereits nennenswerte Erfolge erzielt worden seien. Die Zahl der gemeldeten reinen Silikosefälle seien beispielsweise von 1955 bis 1961 um rund 65% zurückgegangen.

Stipendien von insgesamt 150 000 DM erhalten je fünf ausländische und deutsche Wissenschaftler sowie sieben wissenschaftliche Nachwuchskräfte aus der Anfang dieses Jahres von der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegründeten Heinrich-Hertz-Stiftung.

Zur wissenschaftlichen Grundlagenforschung für jede Art von Sprachpflege will die Gesellschaft für deutsche Sprache in Lüneburg ein „Institut für Gegenwartssprache“ errichten. Wie es heißt, soll eine enge Zusammenarbeit mit der Duden-Redaktion in Mannheim geplant sein.

Vor einer Umgestaltung des historisch-politischen Unterrichts in den Oberstufen der Gymnasien hat der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands erneut gewarnt. Die Warnung, die jetzt in Göttingen veröffentlicht wurde, richtet sich gegen die Saarbrücker Rahmenvereinbarung, die in den Ländern bereits in Gang gekommen ist.

„Politische Bildung ist zwar das Lebenselement der Demokratie, aber umgekehrt ist auch die Demokratie das Lebens-element aller politischen Bildung“, so lautete die These, die Frau Dr. Hambrücher über ihren Vortrag zur politischen Bildung stellte. Junge Menschen müssen für eine politische Haltung gewonnen werden, so führte sie aus. Der Weg über eine in der Schule gelehrt „Gemeinschaftskunde“ führt aber nicht zum Erfolg, weil eine eingeplante „Kunde“ in der Regel doch nur im ohnehin schon überfüllten Lehrplan untergeht. Haltbare Demokratisierungsversuche lassen sich nicht von oben anordnen. Eine autoritär geleitete Schule schadet dem Gedanken des demokratischen Miteinanders. Überhaupt kann die Schule nicht politisch erziehen gegen eine uninteressierte oder gar widerstrebende Öffentlichkeit. Es ist Aufgabe vor allem der Politiker, durch Achtung vor dem politischen Gegner, durch Wahrung demokratischer Umgangsformen, der Jugend ein Vorbild zu geben. „Von den Handlungen der Politiker geht im guten und schlechten eine erzieherische Wirkung aus, deren sie sich bewußt sein müssen.“

Das Abschlußreferat des Kongresses hielt der bekannte Tübinger Soziologe Prof. Dr. Dahrendorf. „Starre und Offenheit im deutschen Bildungssystem“ lautete das Thema zu dem Dahrendorf sinngemäß ausführte: Das deutsche Bildungswesen bedarf einer Expansion. Ein Vergleich der Bundesrepublik mit ähnlich strukturierten Staaten zeigt, daß Deutschland in seinem Bildungswesen in vielerlei Hinsicht zurückliegt. Zwei vergleichende Ergebnisse von Untersuchungen sollten alarmieren:

1. Der relative Schulbesuch in der Bundesrepublik ist quantitativ, d. h. in seinem Gesamtvolumen, wesentlich geringer als in vergleichbaren Ländern.
2. Der relative Schulbesuch ist auch qualitativ dem vieler Länder unterlegen, d. h. der Anteil der Mittel- und Oberschüler sowie der Studenten an den Geburtsjahrgängen ist kleiner als in anderen Ländern.

Dabei ist zu beachten, daß in einem modernen Industrie-Staat in wachsendem Umfang hochqualifizierte Menschen benötigt werden. Zudem ist das Recht auf eine höhere Ausbildung einer der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft. An der Notwendigkeit der Expansion des deutschen Bildungswesens kann also kein Zweifel bestehen. Das bedeutet: Mehr junge Menschen müssen länger, intensiver und auf höheren Stufen im Bildungssystem verbleiben. Damit stellt sich die Frage, wo noch „Reserven“ sind, die ins Bildungssystem aufgenommen werden können. Hier ist vor allem an sechs Punkte des Bildungsganges zu denken:

1. Die Vorverlegung des Einschulungsalters;
2. die Verlängerung der Schulpflicht;
3. die Erschließung der höheren Ausbildung für bisher benachteiligte Gruppen (Mädchen, regionale Gruppen, Schichten);
4. die Verringerung der Abgänge in Gymnasien;
5. gewisse Wandlungen beim Übergang von höheren Schulen zu Hochschulen;
6. die Verringerung der Abgänge während des Studiums an Hochschulen.

Veränderungen an diesen Punkten sind jedoch nur möglich, wenn es gelingt, starr gewordene Grundannahmen des deutschen Bildungssystems wieder aufzulockern. Als solche Elemente der Starre sind u. a. zu nennen die Tatsache, daß das deutsche Bildungswesen fast ganz in den Händen des Staates liegt, die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik grundsätzlich nur einen Weg zu den höheren Ausbildungsstätten gibt und schließlich die Tatsache, daß die Grundannahmen der deutschen Universität (akademische Freiheit, Einheit von Forschung und Lehre, Autonomie der Fakultäten) erstarrt und zum Hemmschuh der Hochschulstruktur geworden sind. Hier ist ein neues Verständnis nötig. Es geht bei all dem nicht darum, dem Bestehenden völlig neue Modelle gegenüberzustellen, sondern die erstarrten Prinzipien des Bestehenden aus ihrem eigenen Gedanken heraus neu zu öffnen.

Reformen des Bildungswesens können aber nicht aus den Bildungsinstitutionen selbst kommen. Es wird alles darauf ankommen, ob sich verantwortliche Einzelne finden, die an einzelnen Punkten jene Auflockerung in die Wege leiten, die eine unabdingbare Voraussetzung für eine sinnvolle Entwicklung des deutschen Bildungswesens ist. D. H.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Aachen: Für das Amtsjahr 1962/63 wurden gewählt: Prof. Dr. Martin Schmeißer zum Rektor; Prof. Dr.-Ing. Helmut Winterhager zum Prorektor; Prof. Dr. Fritz Reutter zum Dekan der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften; Prof. Dr.-Ing. Edgar Schultze zum Dekan der Fakultät für Bauwesen; Prof. Dr.-Ing. Siegfried Kießkalt zum Dekan der Fakultät für Maschinenwesen; Prof. Dr. Hans-Ernst Schwiete zum Dekan der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen; Prof. Dr.-Ing. Volker Aschoff zum Dekan der Fakultät für Elektrotechnik.

Bonn: Prof. Dr. Friedrich Hirzebruch wurde zum Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, anstelle des verstorbenen Prof. Dr. Wolfgang Riezler gewählt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin: Universitätsdozent Dr. Werner Ogris, Wien, wurde zum ordentlichen Professor auf den Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte und Deutsches Privatrecht berufen.

Bonn: Prof. Dr. Horst Rüdiger, Mainz, wurde zum ordentlichen Professor auf einem Lehrstuhl für Neuere Deutsche Sprache und Literatur ernannt. — Prof. Dr. Karl Baus, Trier, wurde zum ordentlichen Professor auf dem Lehrstuhl für Alte Kirchengeschichte, auf dem er auch Patrologie und Geschichte der Byzantinischen Kirche vertreten wird, ernannt. Gleichzeitig wurde er zum Direktor des Seminars für Alte Kirchengeschichte und Christliche Archäologie bestellt.

Braunschweig: Prof. Dr. Heffter wurde der ordentliche Lehrstuhl für Geschichte übertragen.

Clausthal: Dr.-Ing. Karlheinz Bretthauer von den Siemens-Schuckert-Werken in Erlangen wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Erlangen: Prof. Dr. Helmut Behrens, TH München, wurde zum ordentlichen Professor der Anorganischen und Allgemeinen Chemie ernannt. — Dozent Dr. Wolfgang Haupt, Tübingen, wurde zum ordentlichen Professor der Botanik ernannt. — Prof. Dr. Joachim Blüthgen wurde zum ordentlichen Professor an der Universität Münster ernannt. — Prof. Lic. theol. Dr. Hans Köhler wurde zum ordentlichen Professor für Religionslehre und -pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Nürnberg der Universität Erlangen-Nürnberg ernannt. — Prof. Dr. Erwin Wolff, Göttingen, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Englische Philologie erhalten. — Prof. Dr. Karl Heinz Schwab hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Zivilprozessrecht an der Universität Köln erhalten. — Prof. D. theol. Dr. phil. Georg Fohrer, Wien, hat den Ruf auf den neu errichteten Lehrstuhl für Altes Testament angenommen. — Prof. Dr. med. et phil. Emil Weinig wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Fulda: Dozent Dr. Dr. Gerhard Mattern, Freiburg, wurde zum ordentlichen Professor für Pastoraltheologie und praktische Theologie an der Philosophisch-theologischen Hochschule ernannt.

Hamburg: Prof. Dr. rer. pol. Johannes Fettel hat einen Ruf auf einen betriebswirtschaftlichen Lehrstuhl an der TH Stuttgart erhalten.

Kiel: Privatdozent Dr. jur. Dieter Medicus, Hamburg, wurde zum ordentlichen Professor für Römisches Recht und Bürgerliches Recht ernannt. — Privatdozent Dr. Walter Busse von Colbe wurde zum ordentlichen Professor für Betriebswirtschaftslehre und zum Direktor des Betriebswirtschaftlichen Seminars ernannt. — Prof. Dr. Arnold Bernsmeier, München, wurde zum ordentlichen Professor für innere Medizin und zum Direktor der 1. Medizinischen Klinik ernannt. — Prof. Dr. Leopold Kretzenbacher wurde zum ordentlichen Professor für Volkskunde ernannt. — Privatdozent Dr. Karl-Otto Apel, Mainz, wurde in die neu geschaffene ordentliche Professur für Philologie berufen. — Dozent Dr. Siegfried Lienhard wurde in die neu geschaffene ordentliche Professur für Indologie berufen und zum Direktor des Indogermanischen Seminars bestellt. — Prof. Dr. G. Paulus hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozess-

recht an der Universität Mainz erhalten. — Prof. Dr. Friedrich Vittinghoff hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Alte Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg erhalten.

Köln: Prof. Dr. med. Norbert Schummelfeder wurde zum ordentlichen Professor auf den Lehrstuhl für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie und zum Direktor des Pathologischen Instituts ernannt.

Marburg: Privatdozent Dr. jur. Dietrich Schultze hat den Ruf auf das zweite juristische Ordinariat an der TH Darmstadt angenommen. — Privatdozent Dr. jur. Gerhard Hoffmann, Erlangen, wurde auf den Lehrstuhl für öffentliches Recht (Völkerrecht) berufen. — Dozent Dr. Igomar Bog, Erlangen-Nürnberg, wurde zum ordentlichen Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ernannt. — Professor Dr. W. Rau hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Indologie an der Universität Münster, und Prof. Dr. med. Herbert Huber hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Kiel erhalten.

Saarbrücken: Prof. Dr. jur. Ernst-Joachim Mestmäcker hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Zivilrecht an der Universität Münster erhalten.

b) ordentliche Professoren

Clausthal: Erdölgeologe Dr. phil. Heinz Beckmann, Hannover, wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Florian Heller wurde zum außerordentlichen Professor für Paläontologie ernannt. — Prof. Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe wurde zur außerordentlichen Professorin der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsstatistik ernannt. — Privatdozent Dr. Werner Traxel, Marburg, wurde zum außerordentlichen Professor der Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Bayreuth der Universität Erlangen-Nürnberg ernannt. — Der ao. Professor an der Pädagogischen Hochschule München-Pasing und Privatdozent an der Universität Erlangen-Nürnberg Dr. Dr. Wenzel Lohff hat einen Ruf auf ein Ordinariat für Systematische Theologie an der Universität Hamburg erhalten.

Frankfurt: Privatdozent Dr. Josef Fleckenstein, Freiburg, hat einen Ruf auf das Extraordinariat für Mittlere und Neuere Geschichte angenommen. — Privatdozent Dr. Klaus von See, Hamburg, hat einen Ruf auf das Extraordinariat für Deutsche Philologie angenommen.

Göttingen: Oberarzt Dr. Alois Beuren wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Paediatrische Kardiologie berufen.

Heidelberg: Prof. Dr. Peter von Polenz hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Ältere Germanistik an der Universität Bonn erhalten.

Kiel: Prof. Dr. Karl Krömmelbein, Frankfurt, wurde zum ao. Professor auf das Extraordinariat für Paläontologie berufen. — Prof. Dr. Günter Lautz erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Theoretische Elektrotechnik an der TH Braunschweig.

Marburg: Der wissenschaftliche Assistent Dr. Joachim Petzold wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Theoretische Physik berufen.

Stuttgart: Dipl.-Arch. Rudolf Schoch wurde zum außerordentlichen Professor auf den ao. Lehrstuhl für Landwirtschaftliches Bauwesen ernannt.

c) Honorarprofessoren

Kiel: Amtsgerichtsrat Dr. jur. Erich Döhning wurde zum Honorarprofessor ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Braunschweig: Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Schneider und Prof. Dr. rer. nat. Hans Spandau wurden zu Wissenschaftlichen Räten ernannt.

Marburg: Dr. Friedrich Bähr, wissenschaftlicher Angestellter am Chemischen Institut, wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Stuttgart: Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Frey und Professor Dr. rer. nat. techn. habil. Eberhard Ostendorff wurden zu Wissenschaftlichen Räten ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. Johann Sebastian Geer wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Kiel: Privatdozent Dr. Johannes Seusing wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Prof. Dr. Georg Hörmann erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Geburtshilfe und Frauenheilkunde an der FU Berlin.

Köln: Die Privatdozenten Dr. med. Helmut Valentin, Dr. med. Helmut Venrath, Dr. med. Wolfgang Herzog und Dr. med. Alfred Schwenk wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt.

Stuttgart: Wissenschaftlicher Rat Dr. rer. nat. Hermann-Josef Becher und Dozent Dr.-Ing. Konrad Schubert wurden für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der TH zu außerplanmäßigen Professoren ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Hans-Joachim Kowalsky hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Mathematik C an der TH Braunschweig erhalten.

f) Dozenten und Privatdozenten

Aachen: Assistent Dr.-Ing. Walter Ameling wurde zum Dozenten für Theoretische Elektrotechnik ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. Georg Sauer und Privatdozent Dr. Franz Kiechle wurden zu Universitätsdozenten ernannt. — Privatdozent Dr. Gerhard Nickel wurde die Vertretung des Anglistischen Ordinariats an der Universität Kiel angeboten.

Hamburg: Privatdozent Dr. theol. Gert Otto, Dozent am Pädagogischen Institut, hat einen Ruf auf ein Ordinariat für Praktische Theologie an der Universität Mainz erhalten.

Kiel: Dozent Dr. Beda Allemen wurde zum beamteten Privatdozenten für Literaturwissenschaft ernannt.

HABILITATIONEN

UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Kiel: Die venia legendi erhielten Dr. med. Werner Kübler für Kinderheilkunde und Studienrat Dr. K.-H. Iltting für Philosophie.

LEHRAUFTRÄGE

Aachen: Dipl.-Ing., Dr. rer. pol. Hans-Joachim Rosenthal, Solingen, erhielt einen Lehrauftrag für Theorie und Praxis des berufsbildenden Schulwesens. — Dr.-Ing. Erwin Krause, Bonn, erhielt einen Lehrauftrag für Industriepädagogik.

VERTRETUNGEN

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Egon Tuchtfeld wurde mit der komm. Vertretung des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und der komm. Leitung des Instituts für Industrie- und Verkehrspolitik für das WS 1962/63 beauftragt. — Privatdozent Dr. Gerhard Nickel, M. A., wurde mit der Vertretung des durch den Tod von Prof. Dr. Hellmut Bock vakant gewordenen anglistischen Ordinariats beauftragt.

Heidelberg: Privatdozent Dr. jur. Ernst-Walter Hanack, Marburg, wurde erneut die Vertretung des dritten strafrechtlichen Lehrstuhls übertragen.

Marburg: Prof. Dr. med. Paul Schölmerich wurde mit der Verwaltung des Lehrstuhls für Innere Medizin und mit der komm. Leitung der Medizinischen Klinik beauftragt.

Münster: Privatdozent Dr. Egbert Peters, Marburg, hat für das WS 1962/63 die Vertretung eines Lehrstuhls für Bürgerliches Recht übernommen.

BEURLAUBUNGEN

Braunschweig: Privatdozent Dr. Werner Uhlmann wurde zur Wahrnehmung eines Vertretungsauftrages an der TH Karlsruhe für das WS 1962/63 beurlaubt.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. Heinrich Wolfgang Leopoldt wurde zur vertretungsweisen Wahrnehmung eines Lehrstuhls an der Universität Tübingen für das WS 1962/63 beurlaubt. — Prof. Dr. Dr. Ernst Bammel wurde zwecks Übernahme einer Gastprofessur an der Universität Cambridge für das WS 1962/63 beurlaubt.

Kiel: Privatdozent Dr. Jens Lübbert wurde für das WS 1962/63 beurlaubt, um ein Forschungsvorhaben an der Universität Urbana/III (USA) durchführen zu können.

Stuttgart: Prof. Dr. phil. nat. Theodor Förster wurde zur Übernahme einer Gastprofessur an die Florida State University Tallahassee/USA für das WS 1962/63 beurlaubt.

EMERITIERUNGEN

Erlangen-Nürnberg: Der o. Professor für Alte Geschichte Dr. Dr. Helmut Berve wurde von den amtlichen Verpflichtungen in der Philosophischen Fakultät entbunden.

AUSSCHIEDEN AUS DEM DIENST

Braunschweig: Studienrat i. R. Theodor Horney wurde wegen Erreichung der Altersgrenze von seinem Lektoratsauftrag für Spanische Sprache entbunden.

Kiel: Der Wissenschaftliche Rat Privatdozent Dr. Dr. Karl von Kunowski trat in den Ruhestand.

ABGELEHNT BERUFUNGEN

Erlangen-Nürnberg: Der o. Professor für Vergleichende Indogermanische Sprachwissenschaft und Indoiranische Philologie Dr. Karl Hoffmann hat einen Ruf an die Universität Bonn abgelehnt. — Der o. Professor für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und freiwillige Gerichtsbarkeit Dr. Karl Heinz Schwab hat einen Ruf an die Universität Münster abgelehnt.

Heidelberg: Der o. Professor für Romanische Philologie Dr. Erich Köhler hat einen Ruf auf ein Ordinariat an der Universität Hamburg abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt abgelehnt.

Stuttgart: Prof. Dr. phil. habil. Fritz Martini hat einen Ruf an die University of Kansas in Lawrence und einen an die Tulane University in New Orleans abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Karl Hoffmann wurde die komm. Leitung des Instituts für Fremdsprachen und Auslandskunde übertragen.

GASTPROFESSUREN

Bonn: Im Rahmen des Professoren-Austausches mit der Waseda-Universität in Tokio ist Prof. Akira Muracka, Professor der Geschichte, zu einem einjährigen Studien- und Forschungsaufenthalt nach Bonn gekommen.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Erlangen: Der em. Prof. D. theol. Dr. jur. h. c. Paul Althaus wurde erneut zum ersten Präsidenten der Luther-Gesellschaft gewählt. Professor Althaus leitet diese internationale Forschungsgemeinschaft protestantischer Wissenschaftler aus aller Welt seit 35 Jahren.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Heidelberg: Auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Neurologie in Köln wurde dem Direktor der Nervenklinik der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Paul Vogel, die Erb-Denk Münze überreicht.

Kiel: Anlässlich seines 70. Geburtstages wurde Prof. Dr. A. W. Fischer die Ernst-von-Bergmann-Plakette der deutschen Ärzteschaft sowie die Ehrenmitgliedschaft des Kieler Ärztevereins verliehen.

Marburg: Dem em. Professor für Augenheilkunde, Dr. med. Wilhelm Grütter, wurde die Goethe-Plakette verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Aachen: Dr.-Ing. Harl-Heinz Kupferschmidt, wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik, wurde zum Kustos ernannt.

Braunschweig: Zum Kustos wurden ernannt: Dipl.-Ing. Josef Eibl, Dr. rer. nat. Dietrich Teschner, Dr. rer. nat. G. F. Bayer und Dipl.-Ing. H.-G. Dehmel.

Erlangen-Nürnberg: Der Privatdozent für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde Dr. Georg Birnmeyer wurde zum Oberassistenten ernannt. — Der Studienassessor beim Hochschulinstitut für Leibesübungen Horst Karl Schmidt wurde zum Studienrat ernannt.

Freiburg: Dem o. Professor für Geschichte, Dr. Gert Teilenbach, wurde die komm. Leitung des Deutschen Historischen Instituts in Rom übertragen.

Göttingen: Dr. Klaus Zimmermann wurde zum Professor für Philosophie, und Dozentin Dr. Andriessens wurde zur Professorin für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Göttingen ernannt.

Hannover: Dozent Dr. Gaudemer wurde zum Professor für Didaktik der Physik und Chemie an der Pädagogischen Hochschule in Hannover ernannt.

Kiel: Prof. Dr. Christian-Friedrich Menger wurde zum Richter im Nebenamt bei dem Obergericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein ernannt. — Prof. Dr. Horst Gärtner wurde zum Vorsitzenden der Vereinigung der Ordinarien für Hygiene und Mikrobiologie gewählt und zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel ernannt.

Stuttgart: Bibliotheksrat Dr. rer. nat. Hans-Jürgen Schröder wurde zum Oberbibliotheksrat ernannt. — Bibliotheks-Assessorin Dr. agr. Roswitha Schagen wurde zur Bibliotheksrätin ernannt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN

DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Erlangen-Nürnberg: Dr. Werner Frenger, wissenschaftlicher Assistent und Facharzt für Innere Medizin, wurde zum Ehrenmitglied der Sociedad Reumatologia de Columbia ernannt.

Essen-Bredene: Der Bundespräsident der Republik Österreich hat dem Vorsitzenden des Vorstandes des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft Dr. Dr. h. c. E. H. Vits für seine Verdienste um die Förderung von Forschung, Lehre und Ausbildung das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse verliehen.

Hamburg: Der Wissenschaftliche Rat am Institut für Hydrobiologische und Fischereiwissenschaft Dr. rer. nat. Gotthilf Hempel wurde vom Internationalen Rat für Meeresforschung in Kopenhagen zum Vorsitzenden des Heringskomitees gewählt.

Kiel: Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Schneider wurde auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Luzern zum neuen Präsidenten der Gesellschaft gewählt. — Prof. Dr. Wilhelm Hallermann wurde von der spanischen Gesellschaft der Gerichtsmedizin zum Ehrenmitglied ernannt. — Prof. Dr. Gerhard Zetler wurde zum Mitglied der New York Academy of Sciences gewählt.

Marburg: Der John-Scott-Preis der Stadt Philadelphia wurde für das Jahr 1962 dem apl. Professor Dr. med. H. Bickel für die Entdeckung einer Behandlung des Phenylbrenztraubensäureschwachsinn zuerkannt. Gleichzeitig erhielten die Auszeichnung seine Mitarbeiter Prof. John Gerrard und Dr. Evelyn Hickmans.

Stuttgart: Der Lehrbeauftragte für Technologie der Musikinstrumente Prof. Dr. phil. habil. Hermann Matzke wurde von der Nationalen italienischen Gesellschaft für Kunstgeigenbau in Rom (ANLAI) zum Korrespondierenden Ehrenmitglied ernannt.

Wuppertal: Prof. Dr. K. J. Anselmino, Direktor der Rheinischen Landesfrauenklinik W.-Elberfeld, wurde zum Ehrenmitglied der Spanischen Gynäkologischen Gesellschaft ernannt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN

DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Marburg: Privatdozent Dr. Hans-Ulrich Evers hat für das WS 1962/63 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne einen Lehrauftrag für Verwaltungsrecht übernommen.

Stuttgart: Dozent Dr. rer. nat. Albert Weller hat einen Ruf auf das Ordinariat für Physikalische Chemie an der Freien Universität Amsterdam angenommen. — Dozent Dr.-Ing. Jürgen Joedicke erhielt auf Grund seiner Vorträge im Mai über Theorie und Geschichte der Modernen Architektur die Einladung zu einer Gastdozentur in Istanbul für ein Semester 1963 oder 1964.

GEBURTSTAGE

Aachen: Direktor Prof. Dr.-Ing. E. h. Kurt Riess, Pöcking, vollendet am 8. 11. sein 65. Lebensjahr.

Hannover: Der em. Ordinarius an der Tierärztlichen Hochschule Prof. Dr. Paul Henkels beging am 31. Oktober seinen 70. Geburtstag.

Heidelberg: Der Professor für romanische Sprachen und Literaturen an der Catholic University of America (Washington) Helmut Hatzfeld, beging am 4. 11. seinen 70. Geburtstag.

Kiel: Prof. Dr. Anton Bichlmaier beging am 10. 9. seinen 75. Geburtstag.

Stuttgart: Prof. Dr. K ü p f m ü l l e r beging am 6. 10. seinen 65. Geburtstag.

JUBILÄEN

Kiel: In einer Feierstunde anlässlich des 75. Geburtstags wurde am 21. 7. Prof. Dr. Franz Klose eine Ehrenurkunde der Humboldt-Universität Berlin, an der er vor 50 Jahren promovierte, überreicht.

TODESFÄLLE

Erlangen-Nürnberg: Am 8. 9. verstarb der em. Professor für Innere Medizin Dr. Ludwig Robert Müller im Alter von 92 Jahren.

Karlsruhe: Am 11. 10. verstarb Professor Dr.-Ing. Emil Schachenmeier im 85. Lebensjahr.

Kiel: Am 5. 8. verstarb der o. Professor für Englische Philologie im 65. Lebensjahr. — Am 23. 8. verstarb der em. Professor für Vergleichende Volkskunde Dr. phil. Walter Anderson im 77. Lebensjahr. — Am 28. 8. verstarb der em. ao. Professor für Pharmakologie, ehem. Direktor des Pharmakologischen Instituts der Universität Posen, Dr. med. Eduard Rentz, in Lübeck im 65. Lebensjahr.

Stuttgart: Am 8. 9. verstarb der Ehrenbürger der TH, Prof. Dr. Dr. h. c. Adolf Münzinger, im Alter von 86 Jahren.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

11. 11.

Lebendige Wissenschaft — Prof. Dr. Wolfgang Baumgart: Zum 100. Geburtstag von Gerhart Hauptmann (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Prof. Dr. Wolfgang Baumgart: Der Mystiker Gerhart Hauptmann (SWF, 10.30)

Universitas — Prof. Dr. Gerhard Funke: Fichte als Ärgernis in unserer Zeit — Entmythologisierung einer Philosophie (Saarl. Rdf., 11.30)

12. 11.

Die Internationale Radiouniversität — Aspekte der modernen Mathematik (2) — Univ.-Prof. Dr. Maurice L'Abbe, Montreal: Die Entwicklung der mathematischen Logik (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 15.05) **Gerhart Hauptmann** — ein unbekannter Dichter — Kritische Betrachtung von Kurt Lothar Tank (Radio Bremen II, 21.35)

Weltliteratur — eine nicht ganz wissenschaftliche Einführung — von Axel Eggebrecht — 6. Die Bibel und das christliche Jahrtausend (NDR/UKW, 22.00)

13. 11.

Der Essay in unserer Zeit — Man.: Prof. Franz Taucher (Österr. Rdf. II, 16.00)

Wissen für alle — Wissenschaft und Weisheit — Man.: Dr. Alfred Waitusch (Österr. Rdf. II, 17.15)

Internationale Rundfunkuniversität - Musikalische Städtebilder: Wien, Mozart, Beethoven, Schubert - von Professor Dr. Franz Willnauer, Wien (Hess. Rdf. II, 17.30)

Tomas Manns Rede über Gerhart Hauptmann (1952) — Zur 100. Wiederkehr von Hauptmanns Geburtstag am 15. November (NDR/UKW, 21.15)

14. 11.

Kulturnachrichten (Österr. Rdf. II, 17.10)

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Franz Hampl: Teilhard de Chardin in der Kritik des Historikers (Österr. Rdf. II, 17.15)

Fortschritt und Humanität — Eine Bilanz des technischen Zeitalters, aufgestellt von Peter Coulmas — 6. Die sezierte Seele (Bayer. Rdf. II, 21.15)

„Unnützes“ Wissen — Ein Essay von Bertrand Russell (Bayer. Rdf. II, 22.35)

15. 11.

Aus Zeitschriften für Naturwissenschaft und Technik — Eine Sendung von Ernst H. Haux (NDR/UKW, 16.00)

Bildungsfragen der Gegenwart — Das Lehr-Fernsehen in USA — Man.: Prof. Guth (Hess. Rdf. II, 17.30)

Philosophie und Fortschritt — VII. Deutscher Kongreß der Philosophie in Münster i. W. — I. Fortschritt als Verhängnis — Festvortrag von Prof. Dr. Karl Löwith, Heidelberg — II. Bericht von den Kolloquien: „Bildung und Gesellschaft“, „Revolution“ (WDR/UKW, 20.10)

Ein halbes Jahrhundert Astronomie — Eine Vorlesungsreihe von Prof. Dr. Hans Kienle, Heidelberg: 7. Sternatmosphären (SDR/UKW, 21.00)

Internationale Rundfunk-Universität — 1. Die großen Utopisten — Über die Bedeutung der Utopie — von Professor Dr. Ernst Bloch, Tübingen — 2. Roman und Wirklichkeit — Die Personen — von Elizabeth Bowen, Cork/Irland (Hess. Rdf. II, 22.30)

16. 11.

Die Internationale Radiouniversität — Aspekte der modernen Mathematik (3) — Univ.-Prof. Dr. Maurice L'Abbé, Montreal: Die Antinomien der Logik (Österr. Rdf. II, 14.35)

Wissen für alle — Univ.-Prof. D. Dr. Hermann Raschofer, Würzburg: Völkerrechtliche Probleme der Vertreibung (Österr. Rdf. II, 17.50)

Philosophie zwischen Geschichte und Menschlichkeit — Sartres Nachruf auf Maurice Merleau-Ponty — Manuskript: Dr. Hans Heinz Holz (WDR/UKW, 21.15)

Der wissenschaftliche Bericht mit Nachrichten aus dem Hochschulleben (Bayer. Rdf. II, 22.20)

17. 11.

Erinnerungen — Träume — Gedanken — Aus der Autobiographie von C. G. Jung — V. Absturz ins Unbewußte — Gelesen von Werner Hinz (Hess. Rdf. II, 17.30)

18. 11.

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Prof. Dr. Hans Urs von Balthasar: Wie kann der Mensch ganz sein? (SWF, 10.20)

Weltliteratur — eine nicht ganz wissenschaftliche Einführung von Axel Eggebrecht — 16. Deutsche Romantik: Fragment der Unendlichkeit (SFB II, 21.25)

19. 11.

Die Internationale Radiouniversität — Aspekte der modernen Mathematik (4) — Univ.-Prof. Dr. Maurice L'Abbé, Montreal: Axiomatisierung und Formalisierung (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 15.05)
Etruskerstädte in Mittelitalien — von Hans von Hülsen (NDR/UKW, 16.00)

Die Seuche der Geesheit — Man.: Franz Schonauer (NDR/WDR, 19.15)

Kitsch — Ein Versuch von Karl Günter Simon — 3. Teil: Die Struktur des Verschwommenen (NDR u. SFB III, 21.35)

Weltliteratur — eine nicht ganz wissenschaftliche Einführung von Axel Eggebrecht — 17. Das weltliche Mittelalter (NDR/UKW, 22.00)

20. 11.

Geschichte und politische Bildung — Ein Tagungsbericht — Man.: Dr. Gustav Würtenberg (NDR/WDR, 16.45)

Forum der Wissenschaft — Das Doppelantlitz der Odyssee — II. Dichter und Welt — Prof. Dr. Wolfgang Schadewaldt (NDR/WDR, 17.05)

Wissen für alle — Kosmische und solare Partikelstrahlung — Man.: Siegfried Siegel (Österr. Rdf. II, 17.15)

Welt der Wissenschaft — Neues aus Zeitschriften, von Tagungen u. a. (Radio Bremen II, 21.35)

Nachtprogramm — Einer gegen alle — Max Stirners „Der Einzige und sein Eigentum“ und die Marx-Engelsche Polemik dagegen (I) — Man.: Hans G. Helms (NDR/WDR, 22.15)

21. 11.

Das Land des Dschingis Khan — 700 Jahre danach auf seinen Spuren — Von Erwin Behrens (NDR/WDR, 15.30)

Fortschritt und Humanität — Eine Bilanz des technischen Zeitalters, aufgestellt von Peter Coulmas — 7. Kunst mit dem Rechenstift (Bayer. Rdf. II, 21.15)

22. 11.

Erasmus von Rotterdam — Humanist und Europäer — Hörfolge von Karl-Hans Ulrich (Deutschlandfunk, 17.30)

Philosophie und Fortschritt — VII. Deutscher Kongreß der Philosophie in Münster i. W. — I. Zur Dialektik des Fortschritts — Prof. Dr. Th. W. Adorno, Frankfurt a. M. — II. Bericht von den Kolloquien: „Evolution und Fortschritt“, „Säkularisation“ (WDR/UKW, 20.10)

Nachtprogramm — Einer gegen alle — Max Stirners „Der Einzige und sein Eigentum“ und die Marx-Engelsche Polemik dagegen (II) — Man.: Hans G. Helms (NDR/WDR, 22.15)

23. 11.

Mystik und Rationalismus — Eine Untersuchung von Willy Hochkeppel — 3. Mystizismus und rationalistische Zivillisation (Bayer. Rdf. II, 21.30)

Der wissenschaftliche Bericht mit Nachrichten aus dem Hochschulleben (Bayer. Rdf. II, 22.30)

Kulturpolitischer Kommentar von Prof. Dr. Hans Wenke (NDR/UKW, 17.50)

Der Jüngste Tag und die Spaltung der Christenheit — Eine Betrachtung von Prof. D. Peter Brunner (NDR/UKW und Radio Bremen, 18.00)

Herausforderung der Wahrheit — Buchhinweise und Besprechungen zur Begegnung der Konfessionen in unserer Zeit (NDR/UKW, 18.15)

Erläuterungen der Senderangaben:

NDR/WDR = gemeinsames Mittelwellenprogramm des Norddeutschen und des Westdeutschen Rundfunks; NDR/UKW = Ultrakurzwellenprogramm des Norddeutschen Rundfunks; WDR/UKW = Ultrakurzwellenprogramm des Westdeutschen Rundfunks; NDR III = Drittes Programm des NDR auf UKW; WDR III = Drittes Programm des WDR auf UKW; SDR = Süddeutscher Rundfunk; SFB = Sender Freies Berlin; SWF = Südwestfunk. Römische Ziffern hinter dem Namen der Rundfunkanstalt (I oder II) bedeuten 1. bzw. 2. Programm.